

Bezugspreis

monatlich M.
in der Geschäftsschule 2500.—
in den Ausgaben 2600.—
durch Zeitungssachen 2700.—
am Postamt ... 3000.—
ins Ausland 4600 von M. in
deutsche Währung nach Kurs.

Herausgeber:
2273, 3110.

Tel.-Nr.: Tagblatt Polen.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200288 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint
an allen Werktagen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens ... 100.— M.
Niemetateil. 300.— M.

Für Auflage Millimeterzeile im Anzeigenteil 100.— p. M.
aus Deutschland Klaimateil 300.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Verfehlte Nationalitätenpolitik.

Seien die jetzige Nationalitätenpolitik Ungarns hat die deutsche Presse in der letzten Zeit wiederholt Vorwürfe erhoben. Diese Vorwürfe haben ihren Grund nicht verfehlt. Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen hat ebenfalls selbst in der „Neuen Freien Presse“ dazu Stellung genommen. Er bestreitet, daß die politischen und kulturellen Rechte des Deutschstums in Ungarn unterdrückt würden. Er schreibt:

„Dieser Anklage gegenüber kann ich mir wiederholst bekennen, was ich nach der Volksabstimmung in Westungarn gesagt habe: daß die ungarische Regierung es jederzeit als ihre Pflicht erkennt werden, für die kulturellen und moralischen Güter, sowie für die vollkommen politische Freiheit des ungarischen Deutschstums Sorge zu tragen. Diesem Ziel diente auch die Verfassung, wonach die Regierung an Stelle des ehemaligen Nationalitätenministeriums im Schilde des Ministerpräsidiums ein eigenes Regierungskommissariat organisiert hat. Die Hauptaufgabe dieses Regierungskommissariats besteht darin, den ständigen Kontakt mit der deutschen Bevölkerung aufrecht zu erhalten, sowie die Vermöhlung aller jener Institutionen zu initiieren, für deren Schaffung sich berechtigte Wünsche einsetzen. Ich kann versichern, daß die ungarische Regierung in allen diesen Fällen die größten Opfer zu bringen bereit ist, um berechtigte Ansprüche zu erfüllen. Es wäre die äußerste Kugel, wenn Ungarn sich heute, wo ihm auf dem durch den Trianon Friedensvertrag belassenen Gebiete kaum in Frage kommende Nationalitäten verblieben sind, der Befriedigung ihrer sprachlichen und kulturellen Bedürfnisse verschließen würde.“

Diese Erklärung liest man gewiß mit Befriedigung. Aber auch mit Vorbehalt. Warum, so wird man außerhalb Ungarns fragen, spricht Graf Bethlen von „größten Opfern“ der ungarischen Regierung? Die ungarischen Deutschen wünschen keine Opfer der Regierung, sondern sie verlangen nur, daß „endlich“ das ungarische Nationalitätengesetz von 1868 nach über 50 Jahren verwirklicht werde. Oder hält Graf Bethlen die Durchführung dieses ungarischen Gesetzes, das die Schulfragen und das Vereinsrecht — die Hauptforderungen der Deutschen — regelt, für ein Opfer der Regierung? Graf Bethlen bestreitet, daß irgend ein Deutscher unterdrückt worden sei. Auch das ist nicht richtig. Denn eben in diesen Tagen erst sieht die ungarische Staatsanwaltschaft in Raab den bekannten Odenburger Advokaten Dr. A. v. Schwarz außer Beriol, welcher sich in einer höchst lebenswerten Broschüre „Die Zukunft der Deutschen in Ungarn“ über die derzeitigen Verhältnisse offen auszusprechen gewagt hatte. Monate lang war Dr. v. Schwarz verfolgt worden, war seine Broschüre beschlagnahmt gewesen, wochenlang war das Pester Sonntagsblatt, das einige Seiten aus der Broschüre abgedruckt hatte, verboten gewesen.

So erfreulich es ist, daß die Staatsanwaltschaft endlich nach mehren Wochen zu einer besseren Einsicht gekommen ist, und daß diese peinliche Angelegenheit jetzt endlich ein Ende findet, so geht aus der Begründung doch klar hervor, daß die Absicht einer Unterdrückung vorhanden war. Sie lautet:

„Alfred von Schwarz in Odenburg hat im Monat März 1922 unter dem Titel „Die Zukunft der Deutschen in Ungarn“ eine in der läufigen Druckerei in Odenburg in mehreren hundert Exemplaren gedruckte Abhandlung herausgegeben, in welcher er von der Odenburger Volksabstimmung ausgehend, den Zustand des Deutschstums schildert und jene Gründe darlegt, die die Mehrheit der deutschsprachigen Einwohner dazu veranlaßt, sich bei der Volksabstimmung gegen Ungarn zu erklären. Nach der Anzeige wurden mehrere Ausdrücke der Abhandlung, insbesondere folgende: „Welche Verheerung die magyarisierte Tendenz der letzten fünfzig Jahre in dem deutschen Kulturstand unserer Gegend ausübte, darüber ließen sich Wände schreiben“ (S. 18), „Die Deutschen Ungarns sind zur Überzeugung gelangt, daß es ihnen in Ungarn nicht länger möglich sein wird, ihr Deutschtum zu bewahren“ (S. 22). Seit fünfzig Jahren war die Politik Ungarns uns Deutschen gegenüber die der nicht eingehaltenen Versprechungen und des gewalttätigen Terrors“ (S. 23) — als für das Ungarnum beleidigend, für die ungarische Sache schädlich und in der Einstellung unrichtig erachtet.“

Jetzt schreibt die ungarische Staatsanwaltschaft selbst:

„Alfred von Schwarz hat zwar bekannt, er sei der Verfasser, aber er fühle sich trotzdem nicht schuldig; denn die gleichen patriotischen Gefühle, aus denen heraus er für den Verbleib Odenburgs bei Ungarn anlässlich der Volksabstimmung in Wort und Schrift wütigst vortätig gewesen sei, hätten ihn zur Abfassung dieses Werkes bewogen. Er habe damit nur den Interessen des Ungarnums dienen wollen, indem er die maßgebenden Kreise darauf aufmerksam mache, daß man in Zukunft sich hüten müsse, die bisherige chauvinistisch orientierte Nationalitätenpolitik weiter zu verfolgen. Denn diese sei auch vom Standpunkt des Ungarnums gefährlich, was auch das Ergebnis der Volksabstimmung zeigt, sowohl die Mehrheit der Odenburger Deutschen als auch 55 Prozent der deutschen Dorfbewohner für den Anschluß an Österreich gestimmt habe.“

Man muß die erwähnte Broschüre des Alfred von Schwarz nicht nach einigen herauzerissen, ohne Zusammenhang vorgebrachten Äußerungen, sondern in ihrer Gänze, im Zusammenhange beurteilen, und also kann wirklich festgestellt werden, daß die Tendenz dieses Werkes nicht gegen den ungarischen Staat und auf die Verkleinerung der Ehre der Nation gerichtet ist, sondern Schwarz will im Gegenteil den Interessen des Ungarnums dienen bestrebt, daß es eine auf Beweise gestützte nüchterne Kritik der bisher geübten chauvinistischen Nationalitätenpolitik gibt, ausführend, daß diese chauvinistische Richtung der Nationalitätenpolitik schädlich und unrichtig war und die Ursache dessen ist, daß bei der Volksabstimmung die Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung sich von Ungarn abwandte.“

Die Deutschen Kongresspolens.

Am Dienstag wurden die Herren Senator Stüldt, Sejmabgeordneter Spidermann und Sejmabgeordneter Kronic vom Ministerpräsidenten, General Sikorski, in Lublin empfangen. Die Unterredung galt den politischen und kulturellen Institutionen der Deutschen des ehemals russischen Teilgebiets. Die „Lodzer Freie Presse“ berichtet über den Verlauf der Unterredung:

Sejmabgeordneter Kronic möchte den Ministerpräsidenten mit der politischen Lage der Deutschen des ehem. Kongresspolens bekannt, indem er die politischen Bestrebungen der selben eingehend schilderte. Abg. Kronic wies darauf hin, daß die gesellschaftliche Struktur der deutschen Bevölkerung eine dreifache Gliederung derselben geschaffen habe, die ihren Ausdruck in der Deutschen Volkspartei (geistige und körperliche Arbeiter) und der bürgerlichen Richtung gefunden habe, die als dritte im Begriff ist, sich ihre eigene politische Organisation zu schaffen. Die gemeinsamen Interessen aller Deutschen, die in der Erhaltung des angekündigten Volksstums und der Wahrung der konstitutionell verbrieften Rechte der Deutschen Minorität bestehen, fand ihren Ausdruck in der Schaffung des Volksrates der Deutschen des ehem. russischen Teilgebiets, der als Spartenorganisation die gemeinsamen politischen Interessen des Deutschstums vertreten wird. Nachdem Abg. Kronic hierauf die Ziele und Aufgaben des Volksrates erläutert hatte, überreichte er dem Ministerpräsidenten die Declaration des Volksrates samt den Satzungen, übermittelte im Namen des Volksrates die Bitte, der Ministerpräsident möge die ihm unterstellten Behörden darauf aufmerksam machen, daß der Volksrat eine auf konstitutioneller Grundlage ruhende und legale Stelle verfolgende Institution sei, und daß der Tätigkeit derselben sowohl in der Zentrale als besonders in den lokalen Ausschüssen und Bezirksräten keinerlei Schwierigkeiten bereitet würden, da die Institutionen viel zur Befreiung der Reibungsflächen und zu freundschaftlichem Zusammenleben mit dem polnischen Volke beitragen werden.

Der Ministerpräsident erwiderte, daß die Vermeidung von Reibungen und Missverständnissen im beiderseitigen Interesse läge und daß es daher auch sein Bestehe sei, in diesem Sinne zu wirken. Er erkundigte sich danach, ob der Volksrat in seiner bisherigen Tätigkeit schon auf Schwierigkeiten gestoßen sei, und, nachdem diese Frage beantwortet worden war, versicherte er, daß er sich die ihm unterbreiteten Wünsche angelegen sein lassen und das Rötige

veranlassen werde, um die politischen Bedürfnisse der Deutschen zufriedenzustellen.

Herr Abg. Spidermann ging hierauf zur Angelegenheit der Nichtbestätigung des Bundes der Deutschen Polens über. Abg. Spidermann wies darauf hin, daß die Deutschen des ehem. russischen Teilgebiets sich zu Zwecken der Pflege ihrer völkischen Kultur, ihrer Sprache und Eigenart und zur Wahrung ihrer Rechte auf diesem Gebiet schon vor zwei Jahren zu einer alle Deutschen umfassenden Organisation, dem Bundes der Deutschen Polens, zusammengekommen haben. Das Recht zu einem solchen Zusammenschluß sei den Deutschen, wie allen übrigen Bürgern der Republik, in der Konstitution vom 17. März verbrieft. Trotzdem aber sei die Legalisierung des Bundes der Deutschen bis zum heutigen Tage noch nicht erfolgt. Unter den verschiedensten Vorwänden habe man die Bestätigung immer wieder hinausgeschoben und abgelehnt. Abg. Spidermann ging ganz besonder auf die Amtstätigkeit des früheren Inneministers Kamienski ein, der als Grund der Nichtbestätigung sogar das Vorhandensein einer gewissen Person unter der Zahl der Gründer angab und die Bestätigung von der Person unter der Zahl der Gründer abhängig mache. Ein solches Verhältnis sei mit den Grundlagen der Konstitution nicht vereinbar. Das spätere Verhalten des Ministers Kamienski bewies jedoch, daß auch dies nur ein vorgeschobener Grund war, um die Bestätigung zu verhindern. Inzwischen werden der Tätigkeit des Bundes sowohl in der Zentrale als auch in den einzelnen Ortsgruppen die größten Schwierigkeiten bereitet. Abg. Spidermann betonte, daß der Bund der Deutschen Polens eine kulturelle Organisation sei, die zur Befriedigung der völkischen und kulturellen Bedürfnisse der Deutschen des ehem. russischen Teilstaates ebenso notwendig sei, wie die politische Organisation, die sich die Deutschen in der Gestalt des Volksrates geschaffen haben. Nachdem Abg. Spidermann noch den Charakter des Bundes eingehend gekennzeichnet hatte, rückte er an den Ministerpräsidenten die Bitte, dieser möge die Unzertigkeiten gut machen, die den Deutschen widerfahren sei, und die Bestätigung des Bundes der Deutschen schließlich veranlassen.

Der Ministerpräsident erkundigte sich hierauf nach verschiedenen Einzelheiten, über die ihm die amwesenden Vertreter Auskunft gaben. Er vertrug sich die Angelegenheit vorlegen zu lassen und eine Antwort in kurzer Zeit zu erteilen. Der Ministerpräsident betonte zum Schluss, daß jedes lokale Vorhaben, das sich im Rahmen der Konstitution halte auf keinerlei Schwierigkeiten stößen werde.

Die Lage in Memel.

Die Alliierten verlangen Waffenniederlegung.

Nach einer Meldung der Staatslichen Telegraphen-Agentur hat die Sonderkommission der alliierten Mächte in Memel einen Aufruf erlassen, in dem die verständnislosen aufgesordnet werden, die Waffen niedergelegen.

Das litauische Direktoriat lehnt die Entwaffnung ab.

Das litauische Direktoriat in Memel hat die Forderung der interalliierten Kommission bezüglich sofortiger Entwaffnung der Autoständler abgelehnt und die Ablehnung mit den Beschränkungen des Vertrages mit dem Oberkommissar über den Waffenstillstand degradiert.

Ein Ultimatum.

Aus Memel wird gemeldet: Die interalliierte Kommission forderte die Autoständler in ultimativer Form auf, die Stadt zu verlassen. Die Autoständler nahmen dieser Forderung nicht nach.

Neue Truppensendungen nach Memel.

Nach einer „Time“-Meldung wird Frankreich im Einverständnis mit England neue Truppenabteilungen, und zwar 2000 Mann, nach Memel entsenden.

Litauische Währung im Memelland?

Simoneitis hat bei der litauischen Regierung Schritte unternommen, um die offizielle Einführung der litauischen Währung im Memelland in die Wege zu leiten mit der Verordnung, die mit dem fortwährenden Fall der Reichsmark die wirtschaftlichen Verhältnisse immer schwieriger werden. Die litauische Regierung behält sich, wie das offizielle Rowno Echo meldet, zusätzliche, zu diesem Plan und hat Simoneitis anhängig, eine entsprechende Vereinbarung mit der litauischen Emissionsbank an treffen.

Aus diesem Grunde entzieht der Autor den leitenden Kreisen die Abänderung der Nationalitätenpolitik und bemerkt, daß sie im Geiste von Franz Deck vorgehen sollen, der den chauvinistischen Richtung gleichfalls ferne stand. Das Alfred von Schwarz ein patriotisch gesinner Mann ist und daß seine Absicht nicht die Antastung der Ehre des Ungarnums war, das erhellt aus den in den Seiten 5, 27, 36, 37 und 46 enthaltenen Sentenzen, wo er u. a. von der ungarischen Nation und dessen Staatsrecht lobend spricht und hervorhebt, daß der magyarische Stamm zur führenden Rolle befähigt ist und daß Ungarn vom neuen einiges Ganzes werden müsse.

Nachdem laut Vorstehendem bei der Abschaffung der Broschüre eine Absicht zur Begebung einer Siraierverhandlung nicht erkannt werden kann, deßhalb in die Einstellung des Verfahrens begründet.“

Damit ist ein sehr ärgerliches Kapitel der ungarischen Nationalitätenpolitik mit Enden beendet. Ein anderes ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Dem Grafen Stefan Bethlen gelang es nicht, dem deutschen Regierungsministerium, das sein obiger Auftrag prüft, Vertrauen bei der Bevölkerung zu schaffen. Das in Odenburg erscheinende „Neue Politische Volksblatt“, ein Organ dieses deutschen Regierungskommissariates, veröffentlichte in seiner Weihnachtsnummer einen Aufsatz über den Wirkungskreis dieses Regierungskommissariates, der wenig berichtigte. Denn aus dieser offiziellen Aufzählung einer Maßnahmen geht hervor, daß damit eine Wiederholung geschaffen wurde, der jede eine Machbesitzung fehlt, nur informiert, Wünsche entgegennimmt und die Weisungen des Ministerpräsidenten ausführt. Mit einem Wort: von

Die Bedeutung der Memelfrage für Osteuropa.

Der lettändische Außenminister Meherowicz berührte auf der Durchreise Berlin und äußerte sich dort gegenüber einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ folgendermaßen über den Memelputsch und die daraus hervorgegangenen Kriegsgerüchte:

„Die Memelfrage habe ich für erledigt in dem Sinne, daß sie aus einer militärischen längst in einer diplomatischen Angelegenheit geworden ist. Es sind wohl Kriegsschiffe in Memel eingetroffen mit hohen Militärs an Bord. Geschehen ist aber nichts, und nach unseren Informationen wird auch nichts Gewaltstames geschehen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Aktion bereits drei Wochen zurückliegt. Inzwischen sind sämtliche baltischen Gesandten der Entente und Amerikas, die ihren dauernden Wohnsitz in Riga haben, nach Kowno abgereist. Kowno aber hat seinen früheren Staatspräsidenten Smetona zu der alliierten Kommission nach Memel entsandt. Das ist Beweis genug, daß verhandelt wird. Und verhandelt wird ohne Zweifel mit einem Ziele, das den litauischen Hoffnungen auf Memel entsprechen wird. Der ganze Vorgang wird für die am stärksten interessierten Mächte kaum eine Überraschung gewesen sein. Deshalb ist auch eine Kriegsgefahr im Osten im Augenblick nicht akut. Es ist viel davon gesprochen worden, daß Ruhland und Polen vor kriegerischen Verwicklungen anlässlich der Memelvorgänge stehen oder gefangen hätten. Nach meinen Informationen gibt es aber keinen tatsächlichen Anhaltspunkt für die Auffassung, daß Polen und Ruhland jetzt die Klinge freuen würden. Ich halte die Lage im Osten deshalb nicht für gespannt.“

In dem Dezemberheft der offiziellen Zeitschrift: „Das junge Europa“, wird sogar unter dem Titel „Kaindl und sein Ende“, der von allen Deutschen hochverehrte Grazer Geschichtsforscher Prof. Dr. Friedrich Kaindl bezeichnet. Bezeichnend für die Tendenz des Aufsagers ist die Behauptung, die Magyarisierung der deutschen Schulen in Ungarn sei auf „spontanen“ Wunsch der deutschen Bevölkerung geschehen. Zum Schlus versteigt sich der Gegner Prof. Kaindls zu der niederrückigen Verdächtigung, die tschechische Propaganda, welche jährlich 160 Millionen tschechische Kronen gäbe, habe an diese Weise den Weg zu alten angesehenen deutschen Zeitschriften gefunden.“

Zusammenfassend kann die Lage so charakterisiert werden: Die Magyaren schmeißen heute die Auswirkung ihrer verfehlten Nationalitätenpolitik. Bisher haben sie aber noch gar nichts Durchgreifendes getan, diese Täter abzustellen. Sie versuchen immer ehrlicher durch eine rege Pressepropaganda den schlechten Eindruck zu verwischen. Wie lange sie dieses Doppelspiel werden betreiben können, ist fraglich. Es wird jedenfalls von niemandem ernst genommen und kann nur verstehen. Früher oder später wird die Lage des Magyarentums in den von Ungarn abgetrennten Gebieten und die Rücksicht auf den Völkerbund in Genf die ungarische Regierung zwingen, andere Wege einzuschlagen.

Republik Polen.

Die Senatsitzung am Dienstag.

beschäftigte sich mit einigen Gelehrtenwürken, die alle ohne Befreiung angenommen wurden. Im weiteren handelt es sich um Annahme des Budgetprovisoriums.

Das Finanzsanierungsgesetz.

Das Haushaltsdepartement hat in großen Umrissen das sogenannte Sanierungsgesetz ausgearbeitet. Das Gesetz sieht die Erreichung des Gleichgewichts der Finanzen im Laufe von drei Jahren vor (also bis Ende 1925). Es handelt sich hierbei natürlich um die Grundsätze, auf denen die Budgets drei Jahre: 1923, 1924 und 1925 konstruiert werden sollen, damit nach Ablauf dieser drei Jahre das Staatsbudget in Gleichgewicht kommt. Der Gesetzentwurf basiert auf dem österreichischen Sanierungsgesetz vom Jahre 1922, das bekanntlich das Resultat der Österreich von den nennenswertesten Finanzkräften des Völkerbundes erzielten Direktiven war. Das Sanierungsgesetz beginnt mit der Aufzählung der Grundsätze, auf denen die Staatsunternehmen, wie Eisenbahn, Post, Berg- und Hüttenindustrie und Staatsdruckerei, zum Teil auch Forsten und Domänen, geführt werden sollen. Dann folgt eine ganze Reihe von Rahmenbestimmungen, die sich auf die Reduzierung der Zahl der Verwaltungsbürokraten und die Beschränkung der Ingerenz des Staates angewandten der Selbstverwaltung beziehen. Das wird natürlich erst dann möglich sein, wenn der Staat seine Agenden den Selbstverwaltungskörpern überweist, oder wenn er seine Ingerenz in Haushaltssachen auf das mögliche Minimum herabsetzt. Bezuglich der Erhöhung der Staatsentkünfte muss betont werden, dass sie im Sanierungsgesetz in weitgehendem Maße Verübung findet, und dass als Norm angenommen wurde, die Steuereinkünfte auf die Vorkriegssätze zu bringen. Die Bevölkerung muss also darauf vorbereitet sein, dass sie große Lasten wird tragen müssen.

Ein Schangehentwurf.

Die Presseabteilung des Innenministeriums hat einen Schangehentwurf ausgearbeitet. Die Hauptpunkte des neuen Gesetzes sehen die Befreiung von Theaterwerken und Filmrollen durch das Innenministerium, von Podiums- und Kabarettstücken durch die Starosteien und Regierungscommissariate vor. Gegen die Entscheidung des Innenministeriums steht das Recht zu, bei der Spezialkommission Berufung einzulegen. Kindern bis zu 18 Jahren ist der Eintritt in die Lichtspieltheater verboten. Für Jugendliche bis zu 18 Jahren ist eine besondere Genehmigung erforderlich. Der Entwurf sieht die Bildung eines Theater-Lichtspielrates vor, der als Beratungsinstant beim Innenministerium bei Zweifeln hinsichtlich der Genehmigung von Theaterwerken und Filmen fungieren soll.

Der Hafenbau in Gdingen.

Am Dienstag fand in Warschau eine interministerielle Konferenz statt, deren Gegenstand die Hafenbauarbeiten in Gdingen bildeten. Es wurde die Notwendigkeit festgestellt, angehende Sturz der Balata und der Unmöglichkeit, gegenwärtige Zugangskredite zu bekommen, in dem bisherigen Programm des Hafenbaus weitere Einschränkungen vorzunehmen.

Der Dirschauer Seekanal.

In der als Beilage des "Dienstes Gdanski" erscheinenden Zeitschrift "Zegluga" ("Die Schiffsahrt") werden die ungeahnten Kosten des Baues des Kanals von Dirschau bis zum Meer und des Dirschauer Hafens berechnet. Der Kanalbau wird demnach auf etwa 25 800 000 Goldmark, der Bau des Hafens auf ungeahnte 26 900 000 zu liegen kommen, also auf 52 700 000 Goldmark. Die jährlichen Ausnutzungskosten werden nach der Berechnung der "Zegluga" etwa 1 600 000 betrugen, die Einnahmen auf 640000 bei Annahme einer Kanalgebühr von einer halben Mark für jede Tonne und bei gleichzeitigem Verkauf der Kraftquellen und bei Verpachtung von Hafengrundstücken. Die Verzinsung des in den Bau zu investierenden Kapitals wird auf 12,5 v. H. berechnet.

Englischer Besuch in Warschau.

Der Vizepräsident des englischen Unterhauses, Hope, ist in Warschau eingetroffen und hat dem Sejmmarshall Naraj und dem Senatspräsidenten Trampezyński einen Besuch abgestattet.

Ein Zionistenkongress

fand in Krakau statt. Verhandelt wurde hauptsächlich über die Frage des Verhältnisses der Zionisten zur Regierung und über Unterrichts- und Bildungsfragen. Die Notwendigkeit hebräischer Schulen wurde mit Nachdruck betont. Am 4. Februar sollen pädagogische Kurse in hebräischer Sprache beginnen, damit ein Nachdruck an Lehrern, die in dieser Sprache Unterricht erteilen können, geschaffen wird. Geplant ist auch die Gründung eines jüdischen Theaters in Krakau.

Ein Klub orthodoxer Juden

hat sich als besondere Sejmfraktion gebildet. In den Vorstand wurden die Rabbiner Lewin und Schapiro gewählt.

Ein Bombenanschlag auf einen Untersuchungsrichter wurde im Kreise Kolns verübt. Der Anschlag mißlang und richtete nur einen Materialschaden an. Die Untersuchung ist im Gange.

Nach Niewiadomskis Hinrichtung.

Der Tod Niewiadomskis findet in den rechtsstehenden polnischen Kreisen starken Widerhall. In Warschau wurden alle Bälle und Festlichkeiten in diesen Kreisen aus diesem Anlass abgezogen. Die Rechtfreie widmet der Hinrichtung lange Spalten und beschäftigt sich besonders eingehend mit der Haltung Niewiadomskis unmittelbar vor der Erschießung und am Abend vorher. Der "Kurjer Poznański" weist zu berichten, dass er seine letzten Stunden damit ausgefüllt habe, sein Denkmal zu entwerfen. Der "Kurjer Poznański" schildert den Vorgang der Hinrichtung und die Haltung Niewiadomskis in den letzten Minuten seines Lebens folgendermaßen: "Die Stätte der Hinrichtung war mit Polizisten, Gendarmen und Soldaten umstellt. Trotz der frühen Tageszeit war eine große Menge von Arbeitern und anderem Volk erschienen. Niewiadomski ging die ganze Zeit ruhig und bat die Offiziere, ihn nicht zu halten. Denn gewöhnlich ist es so, dass der Verurteilte angesichts des Todes ohnmächtig wird und ihn dann die Soldaten halten müssen. Als man auf der Hinrichtungsstätte angekommen war, stellte sich die Schlosskompanie in einem Bivac auf, in dessen Mitte sich Niewiadomski in Begleitung des Staatsanwalts, des Verteidigers und der Kapitäne Rogowski und Honkis sowie des Oberleutnants Sobczak befand. Auf einen Wink des Staatsanwalts Michałowski verlas Gerichtssekretär Bielski das Urteil. Darauf näherzte sich dem Verurteilten der Geistliche Gontal. Niewiadomski rührte das Kreuz und der Geistliche segnete ihn. Darauf richtete sich Niewiadomski auf und rief: "Ich gehe glücklich in den Tod, weil ich aufhörte, auf das zu schauen, was Piłsudski aus Polen gemacht hat, in dem Glauben, dass mein Blut dazu beitragen wird, die Herzen der Polen zu einem." Darauf näherzte sich Staatsanwalt Michałowski dem Hinrichtungspfahl — mit ihm sechs Soldaten, die sich in einer Entfernung von sechs Schritten aufstellten. Als Niewiadomski in der Hand eines Soldaten das Tuch erblickte, bat er, ihm nicht die Augen zu verbinden und ihm auch nicht an den Pfahl zu binden; er versicherte, dass er frei und ruhig stehen werde, und bat die Soldaten, nach seinem Kopf zu zielen. Darauf zu vermeiden.

Unterstaatsanwalt gab der Bitte des Verurteilten statt und auf seine Intervention wurde Niewiadomski nicht an den Pfahl gebunden. Es wurden ihm auch nicht die Augen verbunden. Dann redete sich N. auf, zog seinen Herbstmantel aus, ging nach der Hinrichtungsstätte und warf dann Hut und Brille auf den Boden. Dann richtete er sich wieder auf, wandte den Kopf mit dem Profil den Soldaten zu, und hielt die von der Familie erhaltenen Blumen. Um 7 Uhr 19 Minuten gab Hauptmann Bielski den Feuerbefehl. Die Salve fiel, und Niewiadomski stürzte zu Boden. Ein Arzt stellte den sofort eingetretenen Tod fest. Blut bedeckte den Pfahl und den Schnee. Nach einigen Minuten legten Gräber Niewiadomski in einen Sarg. Blumen auf seine Brust und stellten den Sarg auf den Grabhügel. Die Gerichts- und Verwaltungsbehörden erklärten sich mit der Übergabe der Leiche des Verurteilten an die Familie einverstanden. Vor seinem Tode hat Niewiadomski einen Brief an seine Familie geschrieben, in dem er bat, seinen Sarg nicht zu öffnen, ihm ein befehlendes Begräbnis zu geben und ihn in der Familiengruft in Powązki beizusetzen.

Ein Brief Niewiadomskis an das polnische Volk.

Polnische Blätter veröffentlichten den Text eines Briefes, den Niewiadomski vor seiner Hinrichtung an das polnische Volk richtete. In diesem Brief erklärt N. er, wünsche seinen Tod als eine notwendige Ergänzung seiner Tat, die ohne seltenen Tod eine gewöhnliche Mordtat sein müsste. Er erklärt weiter, dass jegliche Polen sei nicht das Polen, von dem die polnischen Dichter geträumt haben, und ergeht sich in heftigen Ausdrücken gegen das jegliche Polen (Judenpolen). — "Das Polen Piłsudski". Er schreibt weiter: "Das wohlauf Polen muss erst errungen und erweitert werden. — Im Kampf um dieses Polen möge sich der Geist der Geschlechter stärken. Bei der Beteiligung an diesem Kampf befreit nichts, weder das Alter, noch die soziale Stellung, noch die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Partei. Er muss mit dem Sieg über sich selbst beginnen, mit dem Sieg über die eigene Schwäche. Die Kämpfe um die Volksidee müssen nicht nur Energie, Mut und die Fähigkeit zu einer Schärfertat, sondern auch — unbedingt — Geistesgröße zeigen, das heißt das, was am meisten ihren Gegnern fehlt. Weil sie niemals imstande sind, den anderen an Verderbtheit gleichzutreffen, mögen sie die Seele mit ihrer Macht des Schmerzes verleidigen, der Waffe, dessen Größe und Schöne die Seele gewinnen und in ihr alles Gute besiegen wird. Das hat schon begonnen. — Meine strahlenden Hoffnungen haben nicht getrogen. — Das, was im Lager der Linken gefund und polnisch ist, hat meine Stimme verantwortet. Ich sterbe glücklich, weil sich das Werk der Auferweckung der Gewissen und der Vereinigung der polnischen Herzen schon zu erfüllen beginnt. — In Taten, die der Kraft des Geistes entspringen, liegt eine schreckliche Macht verborgen. Worte sind notwendig, aber man darf sie nicht überschämen. Siegen wird schließlich die schöpferische Tat

oder ein selbst- und zielsbewusstes Opfer. Alle sind wir dazu fähig, nur kennen wir uns nicht. Wir wissen, welche geheimen Kräfte in uns schlummern und wie leicht sie freizulegen sind. Die polnische Seele hat unbekannte und ungezählte Schätze in sich. Sie sollen nicht verkümmern. Jeder von uns besitzt das große unbekannte "Ja". Möge er mit Glauben in sein Inneres dringen und die eigene Kraft suchen. Die Nationalidee muss zum Siege gross sein. Sie wird dann gross sein, wenn in ihr große Herzen ihre Wohnstätte haben werden."

Niewiadomskis letzte Neuerungen.

Die Morgenpostausgabe des "Kurjer Pozn." meldet: Das Innenministerium hat alle ihm unterstehen Behörden angekündigt, die Verbreitung der letzten Neuerungen Niewiadomskis und seines Briefes an das polnische Volk durch die Presse nicht zuzulassen.

Eine Zeitungsbeschlagnahme.

Der Neuzeugungskommissar für die Stadt Warschau hat die Beschlagnahme der Sonderausgabe der "Gaz. Warszawa" angeordnet, in der über die Hinrichtung Niewiadomskis berichtet wurde.

Aus den Baltikumstaaten.

Die neue lettändische Regierung.

Der lettändische Ministerpräsident Meherowicz charakterisierte einen Berater der deutschen Preise gegenüber die gegenwärtige Regierung Lettlands als folgendermaßen:

"Die neue lettändische Regierung, der ich als Außenminister angehöre, steht unter der Leitung des parteilosen Ministerpräsidenten Pauluk und gilt als Arbeitskabinett. Es umfasst die Parteien vom Bauernbund bis zu den linken Sozialdemokraten. Die Kabinettsmehrheit ist bürgerlich; von den 13 Regierungsmitgliedern gehören vier dem Bauernbund, vier dem demokratischen Zentrum und fünf den sozialistischen Gruppen an. Die Regierung führt sich auf 77 von 100 Abgeordneten, verfügt also über eine sichere Mehrheit, so dass Regierungskrisen innerhalb der nächsten drei Jahre, der Lebensdauer der Saeima, nicht zu befürchten sind."

Eine Konferenz der Baltikumstaaten

soll nach einer von polnischen Blättern veröffentlichten Rigaer Meldung am 5. Februar in Riga stattfinden. An dieser Konferenz sollen auch Vertreter von Sonnenland teilnehmen. Hauptpunkt der Befreiung ist die Vereinheitlichung des Eisenbahnverkehrs.

Der Verkehr zwischen Riga und Moskau.

Am 1. Februar wurde der direkte Eisenbahnverkehr Riga-Moskau aufgenommen.

Was Frankreich Europa antut.

Beschlagnahme der deutschen Eisenbahnen.

Die Besprechungen zwischen dem Minister für öffentliche Arbeiten, De Trocquer, mit General Weygand, General Degoutte und dem Oberkommissar Tigrard, dem Bergwerksinspektor Coste und Guilleau sowie dem Finanz- und Verwaltungsdirektor Tannery im Düsseldorfer "Stahlhof" dauerten wie gemeldet drei Stunden. Fünf Minuten lang (!) habe Ihnen auch der Kommandeur der englischen Truppen, General Godley, beigewohnt.

Die wichtigste Maxime, die erwartet wurde, war, dem Eisenbahnerstreit ein Ende zu machen. Es scheint entschieden worden zu sein, dass, nachdem nunmehr 3000 französisch-belgische Eisenbahner im Ruhrgebiet versammelt sind, wenigstens die wichtigsten Linien wieder verkehren sollen. Den deutschen Eisenbahnen soll, dem "Bund Barriére" zufolge, der Bereich (I) entzogen werden, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Fall sie sich weigern sollten würden sie durch französische und belgische Beamte erzwungen werden, oder mit anderen Worten, die Alliierten dürfen die deutschen Eisenbahnen mit Beschlag belegen.

Immer grössere Verwirrung im Eisenbahnwesen.

Insgesamt wurden bis Dienstag 36 wichtige und zahlreiche kleinere Bahnhöfe stillgelegt, darunter Kreisfeld, Duren, Düsseldorf, Oberhausen, Duisburg, Aachen. Hierzu kommt die Lahmlegung der wichtigen Strecke Koblenz-Bonn. Die Franzosen behaupten, dass die Eisenbahner durch Sabotage den Verkehr lahmgelegt und die Bahnhöfe Düsseldorf und Aachen mit Absicht so verstopft hätten, dass ein Verkehr unmöglich sei. Sie bedrohen jeden mit strenger Strafe, der bei Sabotage an gesetzt werde. Würden die Täter nicht entdeckt, so werde man die Beseitiger bestrafen, von ihren Posten entheben und durch französische Beamte ersetzen. Die deutschen Eisenbahner bereiten jede Sabotage und führen die Wäsche und Bahnhofsvorladungen auf die Eingänge der Franzosen zurück. G. B. ruinierten die Franzosen die Weichen, indem sie sie mit Brechstangen zerstören.

Die Verkehrslage.

Die Verkehrslage im Ruhrgebiet erscheint augenblicklich wieder eine Verschärfung. Der Eisenbahnverkehr nach dem unbesetzten Gebiet ist noch in vollem Umfang im Gange. Die Truppenkommandos an der Ostgrenze des Ruhrgebiets enthalten sich nach den verschiedenen Protesten jedes Eingreifens. Tageszeit ist der Verkehr aus dem Ruhrgebiet nach Westen und Süden vollständig unterbunden da die Eisenbahner hier zum großen Teil in den Autostadt getreten sind und den Franzosen viel zu schaffen machen. Eindeutig liegt der Güter- und Personenverkehr vollständig still.

An verschiedenen Orten wurde das Lokomotivpersonal, das deutsche Lebensmittelzüge bedient, mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, französisch-transports zu ziehen.

Zm Ruhrgebiet liegen Bergangaben, Boitrop, Oberhausen, Oberhausen-West, Düsseldorf-Derendorf, Großenbaum, Kemwig, Werden und Kupferdreh vollständig still.

Stilllegung des gesamten Eisenbahnbetriebs im Bezirk Mainz.

Sämtliche 85 Bezirksleitungen der Organisation der Beamten und Arbeiter im Eisenbahnverkehrsbezirk Mainz haben die sofortige Stilllegung des gesamten Eisenbahnverkehrs in dem besetzten Gebiet der Eisenbahnverwaltung Mainz angeordnet. Sicherem Vernehmen nach wird die gleiche Anordnung in den Bezirk Ludwigshafen getroffen werden. Wie vor der Eisenbahnverwaltung Frankfurt mitgeteilt wird, wird der Verkehr Frankfurt-Darmstadt von dieser Maßnahme nicht betroffen.

Abwehrbestimmungen des Reichsverkehrsministers.

Im Anschluss an die letzte Kabinettssitzung hat der Reichsverkehrsminister den in Frage kommenden Eisenbahnverwaltungen des Westens folgende Anweisungen erteilt:

1. Kohlen, Kohle- und Petroleumstransporte sowie Transporte von im alt und neu eingesetzten Gebiet geschlagenem Holz nach Frankreich oder Belgien sind weder im neu noch im altbesetzten Gebiet zu befördern, auch nicht in der englischen Zone.

2. Französische und belgische Truppen- und Nachschubstransporte für das neu eingesetzte Gebiet dürfen weder im alt noch im neu eingesetzten Gebiet gefahren werden.

Ausnahmen: Es sind zu fahr:

a) Transporte, auf die die Bevölkerungsgruppen nach dem Rheinland abkommen Anspruch haben.

b) Verpflegungszüge, auch für das neu eingesetzte Gebiet, um Requisitionen

e) militärische Transporte aller Art auf den in der englischen Besatzungszone gelegenen Strecken.

3. Zusammenarbeit mit französischem und belgischen auf deutschen Strecken eingesetzten Eisenbahnverkehrs wird untersagt. Dies bezieht sich auch auf das Verhalten des Personals der in deutschem Betrieb gebliebenen Strecken zu dem von den Franzosen und Belgern militärisiert. Folge von solchen Strecken sind nicht zu übergeben. Telephon- und Telegraphenverkehr mit solchen Strecken ist zu unterlassen, die Einrichtung von Gemeinschaftsbahnhöfen ist nicht statthaft. Als Zusammenarbeit gilt auch schon Auskunftsverteilung oder Zulassung der fremden Eisenbahner zu den Dienststellen zur Orientierung.

4. Wenn siameses Personal über Strecken zu befördern sucht, die von deutschem stationärem Personal besetzt sind, so sind diese Bögen mit allen in ordnungsmässigen Betriebe vorgesehenen Mitteln zum Halten zu bringen. Ihre weitere Verförderung ist zu verhindern. Im übrigen muss Grund auf bleiben, den Betrieb möglichst lange in deutscher Hand zu halten und für deutsche Zwecke nutzbar zu machen. Militärische Strecken sind zu beobachten und bei eisiger Räumung sofort wieder in deutschem Betrieb zu nehmen.

Der Reichsverkehrsminister.

Die französischen Soldaten kaufen Zwilleider. Der "Dr. Alfa. Pa." geht aus dem Ruhrgebiet folgender Bericht zu: Die französischen Soldaten kaufen im neu eingesetzten Gebiet in Witten Zwilleider. Das Oberkommando droht durch Mauerantrag den Zwilleiderverkäufern Bußgeldstrafen bis zu zehn Jahren an. Warum droht es nicht den Käufern? Aus Angst einer Revolution? Eine gehässige Nation, die ihre mögliche Fahnenflucht zu Geschäften mit alten Kleidern ausnutzt! Oh weite Lust, Soldat (französischer) zu sein!

Verhaftung für Überreicherung von Blumen.

In Bonn sind diejenigen Herren, die den Zechenbesitzer auf ihrer Rückfahrt von Mainz Blumen überreichten, verhaftet und im Auto mit unbekanntem Ziel wegtransportiert worden. Der Bürgermeister wurde ausgewiesen. Infolgedessen hat sich der Böddler eine starke Eregung beschafft. Französisches Militär hat eingegriffen, eine marokkanische Polizeimacherei ist nach Bonn gelegt worden. Es kam zu Ausschreitungen und Zusammenstößen. Aber Verlegungen ist noch nichts bekannt geworden.

Die Wirkung der Ausweisungen.

Die Ausweisungen durch die in das friedliche Arbeitsland eingedrungenen Fidele, welche alle Bevölkerungsschichten und viele Stände und Berufe getroffen haben und noch täglich treffen, haben den Widerstand neu gestaltet. Ein Böchen soll in neben vielen anderen der Beschluss der Essener Post- und Telegraphenbeamten, ihre Arealen in die wieder einzutreten, bis die sieben verhafteten Beamten, welche von den Franzosen inzwischen in das unbesetzte Deutschland ausgewiesen worden sind, wieder zugelassen und in ihr Amt eingeführt sind. Der Streit des Post- und Telegraphenamtes, der

Schwierigkeiten im Wege lägen. Man sei jedoch der Ansicht, daß diese mit Geduld überwunden werden könnten. Mit anderen Worten, Frankreich sei jetzt bereit, zu hören, was Deutschland zu sagen habe, und wünsche zu erfahren, ob Deutschland die Sabotage- und die anderen Methoden des polnischen Widerstandes aufzugeben und einer Konferenz in der Reparationsfrage zustimmen werde.

Moskauer Spende für die Arbeiter im Ruhrgebiet.

Der Moskauer Centralrat der Berufsverbände hat beschlossen, 100 Goldrubel für die Arbeiter im Ruhrgebiet zu übersenden.

Ein Transport polnischer Beamten in Elberfeld festgehalten.

Am Dienstag soll es in Elberfeld zu Zusammenstößen gekommen sein, verursacht durch die Ankunft eines Transports von Polen aus dem ehemals preußischen Teilgebiet, die auf Wunsch der französischen Behörden verschiedene Posten im Ruhrgebiet einzunehmen hofften. Der Führer des Transports, ein Franzose, ist von der Bevölkerung beinahe gefangen worden. Der Transport ist sofort wieder zur Bahn gebracht worden, um nach der polnischen Grenze zurückgeleitet zu werden. Es sollen alle Mittel angewandt werden, weitere Transporte von politischen Eisenbahnen und Postbeamten usw. nach dem Ruhrgebiet zu verhindern.

Der Fall des französischen Franken.

Der französische Franken fällt von Tag zu Tag. Noch während der Pariser Verhandlungen begann vom 8. Januar ab, sobald es klar wurde, daß man zu keiner Einigung kommen werde, der Franken zu fallen. Bis zum 18. Januar, das heißt bis nach dem Einmarsch in Essen, von dem man wohl ein sofortiges Nachgeben Deutschlands erhoffte, hielt sich die abschließige Bewertung noch in relativ möglichen Grenzen. Sobald aber zuging trat, daß Deutschland entschlossenen Widerstand leisten und Frankreich nichts aus dem Ruhrgebiet herausholen werde, nahm dieser Fall ein schnelleres Tempo an. In der Zeit vom 12. bis zum 20. Januar betrug die Entwertung des Franken gegenüber dem Dollar etwa 18 Prozent, das ist mehr, als eine schwache Währung, wie es die französische ist, vertreten kann. Mit den Währungen verhält es sich wie mit einer Lavine. Zuerst ist die Bewegung langsam, dann wird sie immer schneller und exponentiell. Wenn Frankreich eine Währungs-Katastrophe vermeiden will, dann gibt es nur ein Mittel: Aufgeben des Ruhrabenteuers.

Die Entwertung setzte sich dann weiter fort. Vorbörslich zahlte man in Berlin nach Londoner Usancen am 30. Januar für ein Pfund Sterling 76 Franken, gegen 66,25 am 12. Januar; für 100 Franken wurden nur 6,18 Dollar gezahlt, gegen 7,01 am 12. Januar.

Bur besseren Überblick seien wir noch einmal die Londoner Zahlen für den Franken untereinander:

2. Januar	62,30
12. Januar	66,25
20. Januar	71,05
25. Januar	72,05
27. Januar	73,42
29. Januar	74,875
30. Januar	76

Kein Wunder, daß das Vertrauen zur französischen Währung sinkt, wenn man die ungünstige Lage der französischen Finanzen sieht und zugleich sieht, daß Frankreich, statt den Weg der Vernunft zu gehen, sich blindlings in das sehr kostspielige und wenig ertragreiche Ruhrabenteuer stürzt. Als erste Rate soll bereits ein 45 Millionen Kredit von der Kammer erbeten werden. Abgesehen von den direkten Kosten des Unternehmens ist zu beachten der Ausfall der Reparationsleistungen, ferner die Tatsache, daß die Zahlung der Reparationssummen wegen des furchtbaren Zusammenbruchs der deutschen Währung auf lange hinaus unmöglich wird.

Natürlich werden die Kreise in Frankreich, bei denen die Stimme der Vernunft wenigstens zeitweise den Macht- und Gewalttausch durchdringt, bereits aufmerksam auf die Gefahren, die die Katastrophenpolitik Poincarés mit sich bringt. Im "Oeuvre" weist Francis Delaix auf den Sturz des Francs hin. Insolgedessen sei der Preis sämtlicher Waren, die Frankreich einführt, um mindestens 10 Prozent gestiegen. Da der Wert der französischen Einfuhr im Durchschnitt zwei Milliarden monatlich beträgt, stelle das für die Gesamtheit der Käufer eine monatliche Mehrbelastung von 200 Millionen dar; eine wahre Steuer, die auf diese Weise infolge der Entwertung des Francs vom Publikum erhoben werde. — Im "Populaire" zieht der Abgeordnete Léon Blum folgende Bilanz der bisherigen Ergebnisse der Ruhrbesetzung: "Unmittelbarer Nutzen: Sinken des Francs, das heißt rasches und sicheres Anwachsen der Kosten für den Lebensunterhalt. Mittelbarer Nutzen: Neue Steuern, sei es die zwanzigprozentige Steuererhöhung oder irgendeine andere Steuerkombination. Warum diese neuen Steuern? Wegen des Ruhrgebietes. Was hat das Ruhrgebiet uns bis jetzt mit Sicherheit eingebracht? Neue Steuern."

Auch Heriot, der Führer der Radikalsozialisten, und seine Partei, die 85 Abgeordnete umfaßt, erwarten einen vollen Erfolg der Ruhrunternehmung und greifen Poincaré deswegen an.

Ob die vernünftige wirtschaftliche Einsicht den Sieg davontragen wird über die militärische Überhebung, das ist freilich für den Kenner der französischen Psyche recht zweifelhaft. Der Hochmut und Tunke Poincarés und des französischen Generäle wird ein Rückgangsmach dieses Schritts und das Eingeständnis eines Fehlers im Angesicht ganz Europas nicht zulassen. So wird das Wirtschaftsleben Europas weiter zerstört werden und mit der deutschen Mark auch der Franc und die polnische Mark (Dollar heute in Warschau 25 000) in einen einzigen Abgrund sinken.

Wachsen des Unwillen in England.

Ein englisches Urteil über die Besetzung.

Der Sonderberichterstatter des "Daily Chronicle" in Köln schreibt, es bestehe Grund zu der Annahme, daß die französische Politik immer noch unbestimmt und unentschlossen sei, und daß die Franzosen immer noch durch die feste Opposition der deutschen Arbeiter außer Fassung gebracht seien. Alles deute darauf hin, daß die französischen Behörden nicht wüssten, woran sie sind, und daß viele von ihnen nicht ein noch aus könnten.

In einem Leitartikel nennt dasselbe Blatt den Säbelangriff sarkastischer französischer Truppen in Trier, einer der historischen Städte im zivilisierten Herzen Westeuropas, gegen die dortigen Einwohner eine Infamie. Säbel daran seien die, die die Spanier dorthin gebracht hatten.

"Daily Chronicle" fragt an, ob England den Gedanke sehr annehme sei, so mit einer Macht zusammenzuhalten, die Afri-

kaner vermeide, um Werke zu basettieren. Die Belebung zur Durchführung des Versailler Vertrages sei unter Bruch dieses nämlichen Vertrages eine solche zur Verküpfung Deutschlands geworden.

Angriff einer englischen Zeitschrift auf Frankreich.

Die Londoner Zeitschrift "The New Statesman", die die besten englischen politischen Revues gehört, brachte am 20. Januar einen sehr scharfen Aufschluß gegen Frankreich, in dem es u. a. heißt: "Die Psychologie der französischen Ruhrbesetzung ist nicht die der Finanz, sondern die des Krieges. Die Aussicht auf Reparationen mag, soweit es Herrn Poincaré angeht, über Bord gehen. Ihm liegt, wie es scheint, nichts daran, daß Frankreich leidet, wenn nur seinen Feind der neue Schlag trifft.

Die entscheidende Frage ist, wie lange Großbritannien unter diesen Umständen eine wohlwollende Neutralität aufrechterhalten kann. Dass wir auf immer dabei verbleiben, ist unmöglich. Es handelt sich hier nicht um die Ansichten oder Sympathien einer französischen oder französischen britischen Regierung, Frankreich, das zuerst der tolle Hund Europa war, hat sich auch jetzt wieder als solcher enthüllt. Jemand wird es an die Ketten legen müssen, und diese Aufgabe wird früher oder später unvermeidlich Großbritannien überlassen. Britische Interessen stehen auf dem Spiel, die kleine britische Regierung lange außer Acht lassen kann.

Es ist nicht unsere Absicht, sensationell zu schreiben. Wir wollen nur den Ereignissen zuvorkommen und jetzt sagen, was ganz England unabdingt in zwei oder drei Monaten sagen wird, wenn der Marsch der französischen Armee nach Deutschland fortduert. Da dieser Krieg steht Großbritannien auf der Seite Deutschlands gegen Frankreich. Darauf ist nicht im mindesten zu zweifeln. Läßt sich die französische öffentliche Meinung durch die wilige Minderheit der Franzosenfreunde täuschen, die in vollkommem Mißverhältnis zu ihrer Zahl es noch fertig bringen, ihre Ansichten in der britischen Presse zum Ausdruck zu bringen, so geht es einer baldigen schweren Entlastung entgegen. In England herrscht heute keinerlei Sympathie mit Frankreich. Die Ansichten, die in der City, in den Klubs von Pall Mall, auf dem Omnibus oder im Wirtschafts ausgesprochen werden, stimmen im Kern völlig überein.

Die Franzosen sind wieder unsere Feinde, wie sie es tausend Jahre lang gewesen sind.

Vernichtendes Urteil der Neutralen über Frankreich.

In der gesamten neutralen Presse wird der rechtswidrige Einbruch Frankreichs in das Ruhrgebiet als das ungeheure Verbrechen an Europa dargestellt, der er ist. Die Entstehung der Vernichtungspläne des französischen Imperialismus hat stärkste Besorgnis und Ablehnung ausgelöst.

So finden wir in der vorwiegend britischen Presse z. B. einen Aufschluß des "Stavanger Aftenblad", in dem u. a. gesagt ist, die zunehmende Not werde das gequälte deutsche Volk, dem aus Mangel an Geld und Transportmitteln vielleicht eine zweite Hungerblöße bevorstehe, zu verzweifelten Taten verleiten. Sein Haß werde wachsen, geführt vom Hunger, der seine Opfer nicht einen Augenblick in Frieden lassen will.

"Morgenavisen" (Bergen) nennt Frankreichs Vorgehen eine feindselige Haltung, einen gegen den Vertrag gerichteten Übergriff des französischen Chauvinismus. Unter normalen Verhältnissen würde der Schritt Frankreichs ein casus belli größter Art sein. Deutschlands Schicksal nach dem Kriege zeige, daß der Übermut des Siegers gegenüber den Besiegten auch heute noch keine Grenzen kennt. Indessen würden wohl die Franzosen wie Brennus im Altertum und Napoleon im Tilskir Frieden wenig Freude an ihrem Vorgehen haben. Frankreich betreibe die reine Vernichtungspolitik.

Aus der schwedischen Presse sei heute nur auf die durch ihre Enttentente freundliche Zeitung "Göteborgs-Posten" hingewiesen, die sich der schärfsten Verurteilung des französischen Vorgehens anschlägt. Frankreich habe sich, so führt das Blatt aus, nicht nur die Freundschaft seiner Gläubiger, Amerika und England, verloren, es habe auch die Sympathien der Millionen und Abermillionen verloren, die Frankreich geliebt und bewundert hätten.

Das Amsterdamer katholische Blatt "Tijds" fällt das bezeichnende Urteil, es sei sehr sinnig, daß die französische Armee, die ins Ruhrgebiet eingezogen sei, unter dem Oberbefehl eines Generals mit Namen Degoutte stehe, denn das ganze Vorgehen sei in Wahrheit: une opération dégotante = ein ekelregendes Unternehmen!

Der polnischen Presse hingegen ist noch kein Schimmer von Einsicht gekommen, wie Frankreichs Vorgehen in Wahrheit zu beurteilen ist. Noch immer geht sie durch Dick und Dünn mit ihren Bundesgenossen und schreibt vom "schlechten Willen Deutschlands".

Der Lausanner Friedensvertragsentwurf.

Der in Lausanne ausgearbeitete Entwurf des Orient-Friedensvertrages umfaßt fünfzig Artikel und eine Anzahl Nachträge. Es handelt sich um ein sehr umfangreiches Dokument, aus dem folgende Hauptpunkte veröffentlicht werden:

Zwischen der Türkei und den Balkanstaaten sind folgende Grenzen festgelegt: die Maritsa gegen Griechenland, gegen Bulgarien die Grenzen nach dem Vertrag von Neuilly; die asiatischen Grenzen, also die gegen Syrien und Mesopotamien, werden in dem Vertrage nicht erwähnt. Besondere Klauseln betreffen die Inseln des Ägäischen Meeres. Imbos und Tenedos werden türkisch, aber unter einem autonomen Regime. Die Regelung der Meerengenfrage sieht für den Frieden die völlige Freiheit für die Durchfahrt für HandelsSchiffe vor. Für Kriegsschiffe sind folgende Be-

schrankungen ins Auge gesetzt: Kriegsschiffe dürfen jedes höchstens dreimal (?) durch die Meerengen fahren. Schiffe von über 10 000 Tonnen sind ausgeschlossen. Ebenso darf ihre Gesamtzahl die der Kriegsschlachten der Ueberhaften des Schwarzen Meeres nicht übersteigen. Für Kriegszeiten sind ganz besonders strenge Regeln für die Durchfahrt vorgesehen worden. Unterseeboote müssen ständig über Wasser fahren. Die Meerengen werden entmilitarisiert. Indessen steht den Türken das Recht zu, durch die Entmilitarisierungszone ihre Truppen hindurchfahren zu lassen, doch haben diese nicht das Recht, sich dort aufzuhalten. Die Türken können in Konstantinopel eine Garnison von 12 000 Mann haben. Das ganze Regime der Meerengen wird von einer internationalen Kommission kontrolliert, an der sämtliche interessierten Staaten unter dem Vorsitz eines Türkens beteiligt sind. Der Friedensvertrag sieht die Intervention der Entente für den Fall vor, daß eine Klaue wegen der Meerengenfrage oder wegen des Minderheitenschutzes verletzt werden sollte.

Ablehnende Haltung der Türken.

In türkischen Kreisen wurde nach erster Kenntnisnahme des Vertragsentwurfs die Annahme als ausgeschlossen bezeichnet. In griechischen Kreisen erhebt man besondere Einspruch gegen die Beteiligung von Imbos und Tenedos an die Türkei.

"Daily News" berichtet aus Konstantinopel, daß nach einem Telegramm aus Ankara das türkische Kabinett Ismet Pascha mitgeteilt habe, der türkische Nationalpakt müsse als endgültig und unabänderlich angesehen werden. Das Kabinett sagt anscheinend in Permanentz. Man sei in Konstantinopel der Ansicht, daß eine Vereinbarung in Lausanne erzielt werde, durch die bei Vertragsung der Konferenz ein volliger Bruch vermieden werden könne.

Die türkische Abordnung hat ein Gegenprojekt überreicht, das sich vor allem gegen die Art des Vertragsentwurfs der Alliierten richtet, der ohne vorherige Beratung in den Ausschüssen und Interessenschüssen abgesetzt wurde.

Wandlung der Türken mit den Sowjets.

"Matin" veröffentlicht eine Depesche aus Belgrad von angeblich gutunterrichteter Seite, wonach zwischen der Türkei und der Sowjetregierung in Lausanne ein Geheimvertrag durch Reichsminister und Ismet Pascha abgeschlossen sein soll. Der Vertrag sieht vor, daß wenn neue Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei und ebenso zwischen England und der Türkei ausbrechen, Sowjetrußland der Türkei seine Unterstützung angeboten läßt. Es sollen auch angeblich besondere Klauseln wegen des Durchmarsches von russischen Truppen nach Thraxien und Bulgarien in dem Vertrag enthalten sein.

Frankreichs zweideutige Haltung.

Die Türken scheinen entschlossen, den Vertrag, so wie er ihnen von den Alliierten vorgelegt wird, nicht zu unterzeichnen, trotzdem noch am Montag gemachten Konzessionen in der Kapitulationsfrage.

Nach Informationen von gutunterrichteter Seite bestätigt es sich, daß die plötzliche Hartnäckigkeit der Türken nicht auf russische, sondern auf französische Einflüsse zurückzuführen ist. Trotz der Meldungen Pariser Blätter, wonach Poincaré am Samstag telegraphiert habe, er könne ihm raten, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, wird in Lausanne bestätigt, daß die türkische Delegation in Lausanne von französischer Seite deutliche und klare Informationen erhalten habe, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, sondern sich lieber separaten Friedensverhandlungen mit Frankreich anzuhören.

Dienstag mittag wurden im Hotel du Chateau, dem Sitz der Orientkonferenz, die beiden Blöcke zwischen Griechenland und der Türkei über die Niedrigkeit der Zivil- und Kriegsgefangenen und über den Austausch der Zivilbevölkerung unterzeichnet.

Aus aller Welt.

Ausweisung deutscher Künstler aus Antwerpen.

Am Sonnabend hat sich im Antwerpener Stalatherater gegen die deutschen Künstler ein Zwischenfall ereignet. Das anwesende Publikum schrie ihnen entgegen: "Macht, daß Ihr herauskommt, und geht nach Berlin!" Die Deutschen wurden gezwungen, Antwerpen sofort zu verlassen.

Auf der Luftlinie Amsterdam—Köln. Die "Daily Mail" berichtet aus Amsterdam, daß die Holländische Luftfahrtgesellschaft einen besonderen Dienst zwischen Amsterdam und Köln einrichten werde, der Post- und Passagierfahrten umfassen soll.

Die Volkszählung in den Niederlanden vom 1. Juni 1922 hat eine Einwohnerzahl des Königreiches von 7 002 697 Seelen ergeben, gegen 6 879 129 im Vorjahr, was eine Zunahme um 1,8 Prozent bedeutet. Die gesamte Vermehrung seit 31. Dezember 1911 betrug eine Million.

Auch Rumänien will Anteil an den Reparationen. Die Bulgarer berichten, daß die Reparationskommission den Anteil Rumäniens an der Bezahlung der Schulden der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie feststellt, jedoch nicht den Anteil Rumäniens an den allgemeinen Entschädigungen vorgesehen hat. Die rumänische Regierung richtete aus diesem Anlaß einen Protest an die Reparationskommission, in der sie erklärt, daß Rumänien an die ehemaligen Feinde nichts bezahlen wird, solange es keine Entschädigungen erhalten wird.

Japanische Gesandtschaft beim Vatikan. Japan will eine Gesandtschaft beim Vatikan einrichten. Da sich gegen die Gewährung des dazu nötigen Kredites allgemeiner Protest erhob, so veröffentlichte das japanische Außenministerium eine Mitteilung mit der Erläuterung, daß die Gesandtschaft einen rein diplomatischen Charakter in Verbindung mit der Stellung, die Japan in den Weltfragen einnimmt, haben wird.

Teatr Pałacowy, Plac Wolności 6.

Vom 1. Februar täglich:

Das monumentale Meisterwerk aus der Zeit der Renaissance

Lucrezia Borgia

2 Serien in 12 Akten unter Mitwirkung der weltberühmten Schönheit Diana Haid, dem unvergleichlichen Conrad Weidt, Bassermann, Wegener und anderen hervorragenden Schauspielern.

Um den Gesamteinindruck nicht zu beeinträchtigen, werden beide Serien in 12 Akten in einer Vorstellung darbrachte. Während der Darstellung wird niemand in den Zuschauerraum hereingelassen.

Zur Beachtung! Dieser Film ist in allen Hauptstädten der Welt, wie: Paris, London, Copenhagen, Wien, Berlin gleichzeitig dargestellt worden. In Warschau fand die Aufführung unter allgemeinem Beifall im Teatr Baudeville vier Wochen lang statt.

Beginn pünktlich: 4 Uhr, 6½ und 8½ abends.

Vorverkauf auf der Kasse von 10—1 Uhr vormittags. Massivillustration durch ein vergrößertes Orchester unter Leitung des Herrn L. Budzynski.

Die Verlobung unserer Tochter Lise-Lotte mit dem Gutsbesitzer Herrn

Dr. Walther Model.

z. St. Lubosin, zeigen wir hiermit an,

**W. v. Gierke u. Frau Luise,
geb. Schwedler.**

Polanowice, Post Kruszwica.

Januar 1923.

Meine Verlobung mit Fräulein

Lise-Lotte v. Gierke.

Tochter des Rittergutsbesitzers Herrn W. v. Gierke und seiner Frau Gemahlin Luise, geb. Schröder, beehe ich mich hiermit anzuseigen.

Dr. jur. Walther Model.
Kgl. pr. Kammergerichtsratreferendar a. D.

z. St. Lubosin, Kr. Samter.

Übernahme sämliche

An- und Abföhren

von Kohlen, Gepäck, Wäsche, usw. in der Stadt Poznań im wöchigen Preise 5296

Schulz

Poznań, ul. Glogowska 46

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag.

den 2. 2. nachm. 3 Uhr: "Hänsel und Gretel", Märchen-Oper von Humperdinck (Viertermäßigung 50%).

den 2. 2. abends 7 1/2 Uhr: "Die Entführung aus dem Serail", Komische Oper von W. A. Mozart. Zweites Gaspiel von Ludwig van Beethoven.

Sonnabend.

den 3. 2. abends 7 1/2 Uhr: "Die Jüdin", Oper von Halevy.

Sonntag.

Gärtnervorderhaus im Gartengeschäft des Herrn Görschl im Hotel Monopol Ecke ul. Fredi und Sem. Melchioriego.

Deutsche Wanderspiele.

Sonnabend, den 3. Februar,

im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses:

nachm. 5 Uhr:

Märchenabend.

Das tapfere Schneiderlein. Gevatter Tod.

nachm. 8 Uhr:

Das bist Du!

Schauspiel von Friedrich Wolf.

Einführungskosten bei Gymnasien (Ecke St. Martin u. Klostergasse) zum Preis von 1000 und 600 Ml. für die Nachmittagsvorstellung und 2500, 200, 1500 und 800 Ml. für die Abendvorstellung zu haben.

COLOSSEUM

zu. März 65.

Vom 29. Januar bis 4. Februar:

Uśmiech szeześcia

(Das Lächeln des Glücks).

Spannendes Drama in 6 Akten mit Geraldine Farrar in der Hauptrolle.

Obst- und Alleehäuser, Pflanz-, Frucht- und Ziersträucher, Rosen, Spargel, Erdbeeren, Heckenpflanzen, sowie sämtl. Baumzuchtnarzisse einfließend Aug. Hoffmann, Baumzuchten, Giebelno. (55)

Ein guterhaltenes

Browning-Jagdgewehr,

Pol. 12, mit Preisangabe zu kaufen geachtet.

Offenen erb u. St. R. 5260 an die Geschäftsst. d. Bl.

Elegante, gute 5263

Landeseinrichtung bestehend aus 6 Säulen, 3 Balkenstützen, 7 Regalen, 1 Tisch, 2 Knieständern, als Buchhandlung, bzw. 2 Schreibereinrichtungen, Messingtischen, Ketten u. Gussblechen) stehen zum Verkauf bei Firma A. Krause, Mogilno W. fr.)

Futterkartoßeln

sofort ab Poznań billig zu verkaufen. Zu erringen in der Geschäftsstelle des Posener Landesblattes.

Nähmaschine

zu verkaufen. Preis 75 000 M. Ges. off. u. 4964 an d. Geschäftsst. d. Bl.

ir drucken:

Briefbogen
Briefumschläge

Postkarten
Rechnungen

Quittungen
Schecks

Aktien
Reklame-Prospekte

Plakate
Besucherkarten

Verlobungskarten
Vermählungsanzeigen

Trauerdrucklachen

Flaschen-Etiketten

Dissertationen
Broschüren

Werke
Zeitungen

Zeitschriften

sowie alle sonstigen Druckstücken

für Buch- und Steindruck, in deutscher u. polnischer Sprache, schnell, sauber und preiswert.

Vorberechnungen zu Diensten.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

Poznań, Zwierzyniecka 6.

Statt besonderer Anzeige!

Heute früh starb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Bruder, der Kaufmann und Stadtrat a. d.

Oskar Bahlau.

In tiefer Trauer

Frida Bahlau, geb. Wollburg
im Namen aller hinterbliebenen.

Berlin W 52, den 29. Januar 1923.

Unterstraße 45.

Für Connaisseure!

**Polnische Liköre, Branntweine
und Spirituosen**

der Firma **B. Kasprowicz, Gniezno**

Übertreffen ausländische Fabrikate

Liqueur GRANDE GAVOTTE
Liqueur CURAÇAO DU PREFECT
Liqueur CURAÇAO START
Liqueur BEATRIX SUPERIEUR
Liqueur SZODON
Liqueur REPECTORIUM
Liqueur OLYMP
Liqueur OROS (Orange)
Liqueur PALESTRA
Liqueur ŻUPAN

und 85 andere vorzüglichste Sorten Liköre und Spirituosen.

Ausstellung und Probierstube
Poznań, ul. 27. Grudnia 10. Telephone: 2427.



Bachtung

von 300—600 Morgen wird sofort über zum 1. 7. 20. mit oder ohne Inventar gefüllt. Kapital vorhanden. Offerten unter D. 5290 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Eingetragene Hochzucht

des schwarzbunten Niederungsrandes, oft. unbekannt

gibt ab

erstklassige Herdbuchbulle

von 8 Monaten aufwärts. — Nachkom. „Blüher-Strauß“.

Belebung kann jederzeit erfolgen.

5297

G. Modrow, Baczek, Starzecy (Poznań).

**Großen Gasrohre,
Göttinger Messinghaupthähne**
gegen Veränderungen billig zu verkaufen.

Max Semrau, Installationsgeschäft, Chojnice, Georgsplatz 7.

Ausdrucken!

Ansdrucken!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichnet bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Februar 1923

Name

Wohnort

Possensatz

Straße

Zentrifugen

Lanz
Mannheim

sind unübertroffen, beliebt und bevorzugt
in allen Teilen der Welt.


Wir liefern sofort
ab Lager Berlin
jedes Quantum Zubehör für
Nationalkassen
als Scheckrollen,
Kontrollstreifen,
Farbe etc.
Anfragen erbetan
National Registrator Kassen
Gesellschaft m. b. H.
Berlin-Mitte
Werke: Ecke Thiemannstr.

Versicherungen aller Art

übernimmt

Poznań, ul. Broniecka 12.

Gespräch: 1803.

Bestehende Verträge werden jederzeit neu geordnet.

Pielec u. Fette
in exzellenter Qualität liefern
Sander e Blathuhn
Poznań ul. Szwajcara Mielętowicza 23. Tel. 2015

Fischotterfelle bis 420 000

Marderfelle bis 350 000

Zichsfelle bis 155 000

Hasenfelle bis 8 200

Kokichwanhaare Biund bis 8 000

Schafwolle

Lausche und gewebe für 2 1/2 Psd. Schafwolle

1 Psd. gute ausländ. Strickwolle.

Fellgeschäft Poznań, zw. März 34.

Private Wohnung Starome 14 steller.

Die polnischen Ein- und Ausfuhr-Bestimmungen.

Die Abteilung für Warenaustausch beim polnischen Ministerium für Industrie und Handel gibt die nachstehenden Ausführungsbestimmungen zu den internationalen Verträgen bekannt:

I. Die Einfuhr von verbotenen Waren, vorgesehen in den internationalen Verträgen.

1. Die Gesuche sind an das Ministerium für Industrie und Handel, Handelsdepartement, Abteilung 17, zu richten.

2. Im Falle die Gesuche auf Blankette des Hauptamts für Ein- und Ausfuhr eingereicht werden, so sind sämtliche Rubriken auszufüllen. Bei Gesuchen, die schriftlich eingereicht werden, sind nachstehende Positionen anzuführen: a) das Land, aus dem die Ware bezogen wird; b) das Volk, über das die Ware in Polen eingeführt werden soll; c) das Gewicht der Ware und die Art der Verpackung; d) die Art der Ware (genaue Spezifikation); e) der Wert der Ware laut der beigefügten Kalkulation; f) die Abschrift des Patentes erster Klasse oder eines gleichwertigen Zeugnisses.

Anmerkung: Gesuche, die die oben angeführten Mitteilungen nicht enthalten, können nicht berücksichtigt werden und verursachen den Petenten nur unnötigen Zeitverlust.

3. Den Gesuchen sind beizufügen: a) die Kalkulation; b) die Abschrift des Patentes, insfern eine solche Abschrift der Abteilung nicht schon früher entweder eines anderen Gesuches eingeflossen wurde. In letzterem Falle ist in dem Gesuch anzugeben, daß die Abschrift des Patentes dem vorangegangenen Schreiben beigefügt war (es ist das Datum dieses Schreibens anzugeben).

4. Die gegenwärtigen, zu Kraft bestehenden Stempelsteuern sind folgende: a) für Gesuche 200 polnische Mark, b) für Belege zu 50 polnische Mark.

Anmerkung: Gesuche, die nicht mit Stempelmarken versehen sind, werden nicht geprüft.

5. Am Schluß eines jeden Monats finden im Ministerium für Industrie und Handel Sitzungen der interdepartementalen Kommission statt, die die eingereichten Gesuche prüft und über die Zuteilung des Kontingenzes entscheidet. Die Antragsteller werden von dem Resultat der Zuteilung schriftlich verständigt und erhalten dann die Mitteilung zum Recht der Einfuhr im Hauptamt für Ein- und Ausfuhr (Ministerium für Industrie und Handel, Zimmer 48) gegen Bezahlung der Manipulationskosten, deren Höhe 4 pro Mille des Wertes beträgt.

6. Zollermäßigungen, vorgesehen in den internationalen Verträgen, werden von den Zollkammern nur dann angewandt, wenn der Ware ein von der zuständigen Institution des betreffenden Landes ausgestelltes Herkunftszeugnis beigelegt ist und dieses mit dem Vizum der politischen Konsularbehörden oder des Handelsrates versehen ist.

Anmerkung: Das Fehlen des polnischen Vizums auf dem Herkunftszeugnis macht eine Anwendung der Zollermäßigungen unmöglich.

II. Die Einfuhr von Waren, deren Einfuhr gestattet ist.

Die Einfuhr dieser Waren ist frei von sämtlichen Formalitäten, mit Ausnahme der Zollformalitäten. Falls die betreffende Ware das Recht auf Zollermäßigung genießt, so ist den Frachtfreihändlern ein Herkunftszeugnis beizufügen, welches letzteres mit dem Vizum der politischen Konsularbehörden oder des Handelsrates versehen sein muss (siehe oben I, Pos. 6).

III. Die Ausfuhr polnischer Waren nach dem Auslande.

Die aus Polen auszuführenden Waren werden, was die Ausfuhrformalitäten anbelangt, in zwei Gruppen eingeteilt, und zwar in Waren, deren Ausfuhr gestattet, und in Waren, deren Ausfuhr verboten ist.

1. Bei der Ausfuhr von Waren, die sich nicht auf der Liste der verbotenen Waren befinden, sind im Ministerium für Industrie und Handel keinerlei Formalitäten zu erledigen. Man hat sich nur an die Vorschriften des Zolldepartements zu halten.

2. Falls die betreffende Ware in dem Lande, nach dem sie ausgeführt wird, das Recht auf Zollermäßigung genießt, so ist den Frachtfreihändlern auch ein polnisches Herkunftszeugnis beizufügen, das mit dem Vizum der Konsularbehörden oder des Handelsrates des betreffenden Staates in Polen versehen sein muss.

3. Das Vereinigte der Industrie- und Handelsinstitutions, die zur Ausstellung von Herkunftszeugnissen berechtigt sind, befindet sich in jeder Industries- und Handelskammer.

4. Bei der Ausfuhr von Waren, die sich auf der Liste der verbotenen Waren befinden, ist außer dem Herkunftszeugnis auch noch die Genehmigung zur Ausfuhr auszuweisen. Diese Genehmigung kann man auf demselben Wege erhalten, wie solcher oben für die Genehmigung zur Einfuhr vorgeschrieben ist.

Deutsches Reich.

Ein preußisches Gesetz gegen die Grundstücksspekulation.

Den preußischen Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken zugegangen, wonach alle Rechtsgeschäfte, die die Veräußerung eines Grundstücks zum Gegenstand haben, zu ihrer Rechtswirksamkeit der Genehmigung der Gemeindebehörden bedürfen. Ebenso sollen danach genehmigungspflichtig sein die Einbringung eines Grundstücks in eine Gesellschaft, sowie die Auseinandersetzung bei der Auflösung einer Gesellschaft, ferner die Befestigung eines Neubrauchs oder eines Erbbaurechts. Ausgenommen sind nur land- und forstwirtschaftliche Grundstücke und solche, die weniger als hundert Mark Nutzwert haben oder kleiner als hundert Quadratmeter sind. Rechtsgeschäfte des Reichs, der Länder, Gemeinden und öffentlichen Körperschaften, sowie Rechtsgeschäfte zwischen Ehegatten und verwandten Personen unterliegen keiner Genehmigungspflicht.

Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn wichtige Allgemeininteressen entgegenstehen, insbesondere wenn die ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Grundstücks gefährdet erscheint oder gar wenn die Stilllegung eines Betriebes erfolgen soll, oder aber, wenn die Überzeugung unter Ausnutzung der Notlage des Eigentümers erfolgt, besonders zu einem Preise, der erheblich hinter dem Werte zurückbleibt, vor allem aber, wenn die Veräußerung an gewerbliche Grundstückshändler oder Spekulanter erfolgt.

Die Gemeinde ist für alle Verträge über Grundstücke ein gesetzliches Vorlaufrecht eingeräumt.

Die Begründung des Staatsministeriums besagt im wesentlichen, daß es unverhüllt erscheine, daß schunkundige Personen ihr Vermögen in Grundbesitz anlegen, zumal es in dieser Zeit bedrohlicher Wohnungsnot äußerst wichtig sei, daß der Hausbesitzer seinem Besitz äußerlich und innerlich nahestehe und ihn nicht nur als einen Schwert, sondern als einen persönlich geschätzten Wert ansiehe. Hinzu komme, daß der wirtschaftlich starke Mittelpunkt und vor unüberlegter Verleihung seines Besitzes gewahrt werden müsse.

Dies Gesetz sollte auch für Polen, wo leider die Grundstücksspekulation in hoher Blüte steht, vorbildlich sein. Die Ned.

Arbeitslosenversicherung.

Der sozialistische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung. Der Entwurf beabsichtigt die Einführung einer öffentlich-rechtlichen Bemängelungsversicherung gegen Arbeitslosigkeit, die an die Stelle der bisher geübten Fürsorgeaktivität des Staates treten soll. Der Kreis der Versicherer soll grundsätzlich die der Krankenversicherung unterschiedlichen Berufsgruppen umfassen. Die unterschiedlichen Arten der einzelnen Berufe sollen durch die Einteilung in Gefahrenklassen ausgegliedert werden. Demnach soll das Prinzip der Solidarität aller Berufsklassen vorangestellt werden, um die Versicherung tragfähig zu machen. Die Mittel sollen zu einem Drittel von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zu einem Drittel von Reich, Ländern und Gemeinden aufgebracht werden. Träger der Versicherung sollen die Krankenkassen sein. Die Verabredung über den Gesetzentwurf ist noch nicht abgeschlossen.

Rücktritt der sächsischen Regierung.

Die verworrenen Verhältnisse im politischen Leben Sachsen haben zu einem Rücktritt der sächsischen Regierung geführt. Die Stimmenverteilung im sächsischen Parlament liegt so, daß eine feste Mehrheit nicht zu erreichen ist. Die Sozialdemokraten sind in knapper Minorität, so daß die Kommunisten bei Zustimmung des Bündnisses an der Wage bilden. Sie haben heute einen Misstrauensantrag gegen den sächsischen Polizeiminister eingebracht, der von den bürgerlichen Parteien unterstützt wurde, so daß die Regierung die Konsequenzen ziehen und in ihrer Gesamtheit zurücktreten müste. Die Lage ist um so schwieriger, als die jetzige Zusammensetzung des Parlaments auf einer Wahl beruht, die erst vor wenigen Wochen vor genommen wurde.

** Der deutsche Reichsrat nahm in seiner Sitzung am Montag den Gesetzentwurf über die Feststellung eines zehnten Nachtragsetats für 1922 an. In diesem Nachtragsetat wird neben den Mehrausgaben für die Beamtenversoldung zur Sicherung der Volksernährung ein Beitrag von 1500 Milliarden zur Verfügung gestellt. Die Regierungsvorlage verlangt 1200 Milliarden. Weiter enthält der Nachtragsetat 500 Milliarden für das Ruhrgebiet.

** Vertreibung der Franzosen und Belgier aus Berlin. Der preußische Landesverband der Haush- und Grund-

besitzervereine hat in seiner Hauptversammlung im Berliner Rathause einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Da die Franzosen und die Belgier in hoher rücksichtsloser Weise selbst Greise und frische Frauen ihrer Wohnungen beraubten, fordern wir den organisierten Hausbau auf, den Franzosen und den Belgieren die Wohnungen zu kündigen und keine mehr als Mieter aufzunehmen.“

** Schneestürme in Sachsen. Durch heftige Schneestürme sind in Sachsen, besonders im Vogtland und im Erzgebirge, beträchtliche Störungen im Eisenbahnverkehr sowie im Telegraphen- wie im Telefonverkehr entstanden.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 1. Februar.

Des geistlichen Feiertages Maria Lichtmeß wegen erscheint die nächste Ausgabe des „Posener Tageblatts“ erst am Sonnabend nachmittag.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung wurde durch die Einführung und Vereidigung des neuen unbefeuerten Stadtrats Dr. Glowiak eingeleitet. Darauf gab der Versammlungsleiter Dr. von Miegowski, kurz die Antwort des Ministeriums für Handel und Industrie auf die in der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Januar gefasste Entschließung über die Kostenbelastung der städtischen Gasanstalt wieder. Das Ministerium will die Angelegenheit prüfen und verspricht, sie in einem günstigen Sinne zu erledigen. — Eine Befreiung der Dachdeckerinnung darüber, daß die Innungsmitglieder zugunsten der großen Fabrikanten bei der Lieferung von Leer aus der Gasanstalt benachteiligt werden, wurde wegen Abwesenheit des zuständigen Deputierten dem Magistrat zur Berichtigung überwiesen. — Danach trat man in die Verabredung der Tagessordnung ein.

Der erste wichtige Punkt betrifft die Erhöhung der Unterhaltung für die Marineschule in Dirschau auf 600 000 M., die Stdtv. Pluciński begründete.

Gehaltssalgale für die städtischen Beamten.

Stdtv. Costa berichtete dann über die 40prozentige Zulage zum Januarlohn für die städtischen Beamten und Funktionäre. Keinen Anspruch auf diese Zulage haben diejenigen Angestellten, denen bis zum Gehaltstage gefeuert wird, oder die bis dahin selbst fündig. Die Zulage, die den Haushalt der Stadt mit 55 Millionen Mark belässt, soll in diesen Tagen zur Auszahlung kommen. Auf die Anfrage des Berichterstatters, wie der Magistrat die Mehrausgabe decken wolle, konnte Stadtpräsident Matajaski keine bindige Antwort geben.

Erhöhung der Armenunterstützung.

Die Vorlage über die den jetzigen Zeuerungsverhältnissen noch nicht entsprechende Erhöhung der Armenunterstützung, über die Stadtv. Stachowski berichtete, sieht statt der bisherigen Unterhaltung von 5000 M. monatlich für Erwachsene 7000 M. für Kinder 5000 M. statt 3000 M. vor. Da die Stadt für 1700 Arme (1500 Erwachsene und 200 Kinder) zu sorgen hat, entfällt auf die Armenunterstützung eine Summe von 11½ Millionen Mark im Monat.

Ein Antrag des Stdtv. Kapit. der dahin lautete, daß für die Armen die örtlichen Formalitäten bei Todesfällen die Stadtlosse vergütet solle, konnte wegen Abwesenheit des Armendezernenten nicht näher erörtert werden.

Als bei der Besprechung einer

Negierungsausleihe für Bauzwecke der Stdtv. Konalewski den Verdacht aussprach, daß die bewilligten Gelder zu anderweitigen Zwecken verwendet würden, antwortete Stadtpräsident Matajaski, daß ein solches Verhalten straflich wäre. Die geplante Ausleihe könne 2 oder 3 Arbeiterhäusern das Leben schenken.

Zur Deckung der Kosten für die Verpflegung von unbemittelten Kindern wurden 10 Millionen Mark bewilligt.

Zum Schluß der dreiviertelstündigen Sitzung berichtete Stdtv. Gedinger über den

Bau eines neuen Gymnasiums in Lazarus.

Das für diesen Zweck bestimmte Grundstück hat eine Größe von 10 800 Quadratmetern. Als Grund für den Bau führte der Berichterstatter die Tatsache an, daß das weniger bevölkerte Lublin weit mehr Gymnasien habe als Posen. Das Schulgrundstück soll auf den Staat überschrieben und nach dem Bau des Gymnasiums überignet werden. Gegen 7½ Uhr war die Sitzung beendet.

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Duncker, Berlin.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(12. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

Wie ein breiter, offener Rachen mit einem dunklen, gähnenden Schlund lag sie mitten im anscheinend festen Eis, das an den Bruchrändern blaugrün schillernde.

„Vorsicht“, gebot Loisl, ließ dann aber alle bis an den Rand vortreten und warf Stein hinab, die Sekunden brauchten, bis sie in unsichtbarer Tiefe auf Wasser aufplatzend versanken.

„Das ist unheimlich!“ flüsterte Ruth und wandte sich hastig zum Gehen. Auch die anderen zog es fort von der Stätte des Grauens, nur Völker hätte gern noch allerlei Beobachtungen gemacht.

Aber Loisl drängte zum Weitermarsch. „Wir haben noch einen großen Weg vor uns und müssen uns hüten, in die Nacht zu kommen, da auch der Rückweg wieder über den Gleischen führt.“

Gehorsam folgte alles dem Führer, der die kleine Gesellschaft sicher und gewandt der Stelle zulieferte, wo der gewaltige Nordwestgrat des Wilden Jägers in jähem Absturz auf das Schneefeld niederbrach.

„Nun gibt es Kletterarbeit!“ meinte Loisl. „Aber ist halb so gefährlich, wie es aussieht!“ Und da er Fernleitner fand als zuverlässigen und geübten Bergsteiger, schlug er vor, daß man den Grat in zwei Abteilungen machen wollte, von denen Loisl die eine, und Fernleitner die andere führen sollte.

Ruth bat Fernleitner, er möchte sie wieder wie an der Wilddeckwand im Rucksack transportieren, aber er wehrte ab: „Das geht hier nicht, liebes Kind, aber Völker und ich werden Dich in die Mitte nehmen und so steigst du sicher wie in Abrahams Schoß.“

Die Kleine murkte etwas, gab sich dann aber zufrieden und ließ sich geduldig anseilen, dabei allerlei gute Lehren für die Technik des Steigens in sich aufnehmend.

Loisl mit Wildenbrunner, Völker und der Studentin Kleiterer voraus, den Weg zeigend, und an gefährlichen Stellen zur Vorsicht mahnend. Fernleitner folgt mit Ruth und Voltner, und da alle die größte Vorsicht übten, stand man nach zweistündiger, jäher Kletterarbeit ohne Unfall auf dem festen Gipfel, der alle die Berghäuser ringsum weit übertraigte.

Ein einziger Jubelruf stieg aus fünf trunkenen Kehlen zum Himmel empor, über den sich Fernleitner und Loisl herzlich freuten.

„Von hier aber bringst Du mich so bald nicht weg!“ rief Ruth übermütig Fernleitner zu und setzte sich leck auf einen überhängenden Fels, um den prachtvollen Fernblick unbehindert zu genießen.

Loisl begann schüchtern mit einer Aufzählung von Namen all der vielen Berge, die man ringsherum sah. Aber Ruth gebot: „Stille! Ich will keine leeren Namen hören, die mir doch nichts sagen, sondern nur führen und schauen!“ Und so mußte sich Loisl damit begnügen, den Geologen, der daßelbe lebhafte Interesse zeigte, die Namen der Berge ins Ohr zu flüstern.

Mit einem Male deutete Fernleitner auf etwas glänzend Weißes, das tief unter ihnen wie eine große Taube auf den Wilden Jäger zugeschlungen kam. „Was ist das?“ wandte er sich fragend an Loisl.

„O weh!“ jammerte dieser. „Da fällt Nebel ein. Und ziemlich dicht, wie es scheint.“

Damit deutete er auf einen ganzen Zug kleiner kreisrunder oder ovaler silberweißer Wolken, der wie ein Flug versprengter Möwen aus unsichtbaren Felsen auf den Wilden Jäger zuhieß.

„Was machen wir?“ fragte Fernleitner unsicher.

„Da gibt es nur eins!“ entschied Loisl sachkundig.

„Wir müssen sofort absteigen! Sonst können wir unter Umständen Stundenlang sitzen und warten, bis der Nebel wieder weicht!“

Hastig sprangen alle auf, griffen nach Bergstock und Rucksack und folgten dem vorwärts drängenden Fernleitner, der um Zeit zu gewinnen, mächtige Quadern mit einem Satz übersprang. Vorsichtig folgten die anderen, denen der Abstieg

beinahe größere Schwierigkeit machte, und so geschah es, daß sich die kleinen weißen Wolken bereits wie eine dichte Halskrause um den Soden des Gipfels gelagert hatten, als Loisl mit seiner Schar noch mühsam den Grat herabstiegerte.

„Wenn der Nebel zu dicht ist, müssen wir irgendwo halt machen!“ ließ sich der erfahrene Führer vernehmen, als sie sich dem breiten Nebelbande näherten. Und wirklich erwies es sich, daß man in dem schmalen Wolkengürtel, der sich wie ein Ring um den Berg gelegt hatte, kaum eine Handbreit vor den Augen sah und mit jedem Tritt vorwärts in den Tod stürzen konnte.

„Hier dich unter uns,“ rief Loisl zu den Seinen zurück, „ist eine kleine Höhle, in der wir warten wollen, bis sich der Nebel hebt oder senkt.“ Und hurtig kletterte er seitwärts in die Tiefe, wo sich mitten in der glatten Wand eine Öffnung zeigte, die ins Dunkle führte.

Die Posener Kommunalsteuern für das erste Vierteljahr 1922.

Der Magistrat der Stadt Posen hat in den hiesigen polnischen Blättern folgende Bekanntmachung betr. Steuerzahllung für das erste Vierteljahr 1922 erlassen:

Auf Grund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 1. 8. 1922, genehmigt durch Beschluss des Posener Magistrats vom 28. Dezember 1922, J. Nr. II. 2000/22 S. 2, werden an Gemeindeeinkommensteuer für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1922 750 Prozent Zusätzliche zu der für das Steuerjahr 1921 staatlich veranlagten Einkommesteuer erhoben.

Die zufolge dieses Beschlusses festgestellte Gemeindeeinkommesteuer, die einer Vierteljahrsrate oder einem Drittel der im Jahre 1921 bereits gezahlten Gemeindesteuer gleich ist, ist in der städtischen Steuerkasse, ul. Nowa 10 (fr. Neue Str.) innerhalb 14 Tagen zu entrichten, anderenfalls zwangsläufig Bestreibung erfolgen wird.

Besondere Benachrichtigung wird nicht angezeigt.

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass im Jahre 1921 Gemeindeeinkommesteuer für nur drei Vierteljahre erhoben worden ist.

Besüglich aller anderen Abgaben für die Zeit vom 1. 4. 1922 ab erhalten die Steuerpflichtigen besondere Benachrichtigung.

Posen, den 24. Januar 1923.

Der Magistrat XIII.

Auffälligerweise ist diese auch in den polnischen Blättern unentgänglich veröffentlichte Bekanntmachung dem „Pos. Tagebl.“ nicht zugegangen. Der Magistrat scheint demnach auf die Steuerzahllung durch die zahlreichen Leser des „Pos. Tagebl.“ aus der Stadt Posen kein besonderes Gewicht zu legen. Es muss das angenommen werden, da es in der Bekanntmachung ausdrücklich heißt, dass eine besondere Benachrichtigung nicht zugestellt wird.

Deutscher Schulverein in Polen.

Die Lehrplankommission trat am Sonnabend in Bromberg zusammen, um eine Aussprache der Schulmänner über die wichtigsten Organisationsprobleme unserer Schulen herbeizuführen. Einladungen waren an alle Anstalten ergangen, auch Vertreter der Elternschaften waren geladen. In der Sitzung wurden behandelt: 1. Lehrplan und Erziehungsziele. Referent Dr. Dewien-Lissa. 2. Die künftige Gestaltung der Schulaufsicht bei den deutschen Privatschulen in Polen. Berichterstatter Studienassessor Schittler-Posen. 3. Die Gestaltung des Oberbaues der deutschen Schule in Polen. Referent Dr. Schönbeck-Bromberg. Im Anschluss an die interessanten Vorträge wurde die sachsgemäß ausgeschriebene Wahl der Vertreter zum Landeschulrat vorgenommen. Gewählt wurden zunächst: 1. Die Geschäftsführer der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Schulvereins in Polen, Oberstudienrat Schönbeck und Studienrat Koenig. 2. Die Bezirksgeschäftsführer von Pommern, Neisse und Posen, Schulrat Baumhauer-Posen und Studienrat Jammer-Dirschau. Dann wurden durch Zettelwahl von den Vertretern sämtlicher deutschen Schulen in Polen gewählt: Oberstudienrat Professor Kroning-Bromberg, Frau Directorin Müller-Inowrockow, Studienrat Dr. Beckmann-Posen und die wissenschaftliche Lehrerin Fr. Geppert-Bromberg.

Gründung des Personenverkehrs über Wehrse.

Von der Betriebsdirektion der Siegnitz-Kawitscher Eisenbahn wird mitgeteilt:

Zur Gründung des Eisenbahn-Personenverkehrs zwischen Polen und Deutschland sind die Verhandlungen mit der polnischen Staatsbahn abgeschlossen worden. Es werden von Kawitsch Hauptbahnhof nach Wehrse und umgekehrt einstweilen verkehren: Zug Nr. 1 ab Liegnitz 6.35 vorm. trifft über Steinau a. O. im Wehrse 9.32 vorm. ein, fährt nach sollmässiger Absertigung weiter um 10.20 vorm. Ankunft in Kawitsch erfolgt 10.20 vorm. Der Zug hat Anschluss an den um 12.30 mittags von Kawitsch Hauptbahnhof in Richtung Görlitz nach Koblenz abfahrenden Zug Nr. 11 der Liegnitz-Kawitscher Eisenbahn. Ferner bringt der deutsche Grenzzug Anschlussfahrt zum Personenzug Nr. 754, Abfahrt Kawitsch Hauptbahnhof nach Lissa und Posen um 1.10 mittags. — Der Gegenzug von Kawitsch Hauptbahnhof nach Wehrse, Sicina a. O. und Liegnitz wird von Kawitsch Hauptbahnhof um 11.42 vorm. absfahren. — Ein zweiter Personenzug von Liegnitz über Steinau a. O.-Wehrse trifft abends 8.28 in Kawitsch Hauptbahnhof ein und hat Anschluss an den Personenzug 9.10 abends in Richtung Posen. Weitere Ausgestaltung des Fahrplans wird nach Bedarf erfolgen.

Die Mittelschulen in Pommern.

Un mittleren Bildungsanstalten (in deutschem Sinne höheren Lehranstalten) hatte Polen während des Schuljahres 1921/22

genau 287 aufzuweisen. Die Schülerzahl betrug 211 153. Es bestanden 287 Knabenanstalten, 261 Mädchenanstalten und 178 Schulanstalten für beide Geschlechter. Sie wurden von 104 827 Knaben und 68 778 Mädchen besucht. Die meisten Anstalten zählten 38 048 Schüler und Schülerinnen. Die staatlichen Mittelschulen (231) hatten 87 983, die Privatschulen (405) 123 520 Schüler. Die Wojewodschaft Pommern besitzt 22 Mittelschulen (höhere Lehranstalten). Die Schülerzahl betrug im letzten Schuljahr insgesamt 88 16, davon 56 16 Knaben und 32 000 Mädchen. Auf 10 000 Bewohner Pommern kommen 90,6 Prozent Schüler. Hinsichtlich der Prozentsätze der Anzahl der Schulen und Schüler zur Gesamtbevölkerung wird Pommern nur von Warschau, Lodz, Posen und Tschenstochau übertroffen. Dem Wissenschatz nach waren von 88 16 Schulern und Schülerinnen 65 47 römisch-katholisch, 18 29 evangelisch, 1 griechisch-katholisch, 7 griechisch-orthodox, 108 mosaisch, 26 anderen Konfessionen. In Prozenten ausgedrückt: 76,8 römisch-katholisch, 21,5 evangelisch, 1,2 mosaisch, 0,3 Angehörige anderer Konfessionen.

X Wohnungsschieber. Allen Warnungen durch die Presse zum Trotz steht das Wohnungsschiebertum in Posen unverändert in üppigster Blüte. Die betreffenden Schieber scheinen sich das Straßfüllige ihrer Handlungsweise gar nicht vor Augen zu halten.

Einziglich der Prozentsatz der Anzahl der Schulen und Schüler zur Gesamtbevölkerung wird Pommern nur von Warschau, Lodz, Posen und Tschenstochau übertroffen. Dem Wissenschatz nach waren von 88 16 Schulern und Schülerinnen 65 47 römisch-

katholisch, 18 29 evangelisch, 1 griechisch-katholisch, 7 griechisch-orthodox, 108 mosaisch, 26 anderen Konfessionen. In Prozenten ausgedrückt: 76,8 römisch-katholisch, 21,5 evangelisch, 1,2 mosaisch, 0,3 Angehörige anderer Konfessionen.

X Todesfall. Nach langem, schwerem Leiden ist in Berlin, wohin er im vergangenen Jahre abgewandert war, der Kaufmann und Stadtrat a. D. Oskar Wahla im Alter von 65 Jahren gestorben. Er war lange Jahre hindurch Inhaber der bekannten Baumaterialien- und Kohlenhandlung in der ul. Gmierzyniecka 5 (fr. Tiergärtnerstraße) und hat sich in deutscher Zeit durch seine rege Tätigkeit zunächst als Stadtverordneter, dann als unbefoldeteter Stadtrat große Verdienste um die Stadt Posen erworben, als Lehrer in zahlreichen Delegaten, so der Gasanstalt, zuletzt der Armenverwaltung, in der er sich auch noch nach dem Umsturz der politischen Verhältnisse herborragend betätigte. Er war Besitzer des Gebäudes, das jetzt als dessen Eigentum vom Deutschen Generalkonsulat bewohnt wird. Verheiratet war er mit einer Tochter des ehemaligen Rechnungsdirektors beim Posener Oberlandesgericht Wollburg. Das Andenken des Verstorbenen wird als das eines um das Wohl der Stadt Posen sehr verdienten Bürgers von echtem Schrot und Korn in weiten Kreisen fortleben.

X Ein ungeahntes Kapitalverbrechen? Der Mord an dem Stadtrat Kazimierzec, der bekanntlich am 31. Juli v. J. den Angeln des damaligen Beamten des städtischen Statistischen Amtes Strzyzkiensiecz zum Opfer fiel, scheint keine Schule finden zu sollen. Wie nämlich mit ziemlicher Zuverlässigkeit verlautet, soll der Mörder, der lange Zeit in Wronie im Untersuchungsgefängnis gesessen hat und später zur Verbüßung auf seinen Gefährtenstand einer Freiheitsstrafe überwiesen worden ist, für dauernd geistig unzurechnungsfähig erklärt und einer Freiarrest für immer überwiesen werden. Damit würde der Mord ungelistet bleiben.

X Rechte Aufführung der Wanderspiele. Auf die Vorführung am 8. 3. sei nochmals hingewiesen. Die Wanderspielgemeinde wird nachmittags 2 Uhr zwei Märchenstücke geben, und zwar „Das tapfere Schneiderlein“ und „Geatter Tod“. Mit den bekannten einfachen Mitteln wird versucht werden, den ganzen Zauber der Grimmschen Märchenwelt herauszubekennen. Um 8 Uhr abends wird ein modernes Schauspiel „Das ist Du“ von Friedrich Wolf zur Aufführung gelangen. Es handelt sich um ein aus dem Realismus herauswachsendes Stück voller Stink und Tragik. Es mag hierbei auf die in der 4. Nummer des „Evangelischen Kirchenblattes für Polen“ stehende Stellungnahme zur „Theaterfrage“ hingewiesen werden, und auf das dort zitierte Wort von Schiller: „Das Theater unserer Tage ist gezwungen, gegen die Gleichgültigkeit, den Stumpfnn und die Charakterlosigkeit, die seelische Gemeinheit des Zeitgeistes zu kämpfen. Es muss Charakter und Kraft zeigen. Es muss suchen, die Herzen zu schütteln und zu erheben. Die reine Schönheit ist nur den glücklichen Volker zu vorbehalten. Wenn man sich an ein kleines oder verwittertes Geschlecht wendet, muss man es durch erhabene Eregungen erschüttern.“

X Der Chopin-Abend des Pianisten Prof. Michalowski findet am Montag, dem 5. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses statt. Vorverkauf der Eintrittskarten in der Gartenthalerhandlung von W. Górecki (Hotel Monopol).

X Der Verein deutscher Sänger veranstaltet, wie schon bekannt gegeben wurde, am Sonntag, dem 4. Februar, nachm. 5 Uhr, im großen Saal des Evang. Vereinshauses ein Volkskundliches Konzert. Zum Eintritt bereitende Programme (I. Platz 1500, II. Platz 1200, III. Platz 100 R.) sind in der Evang. Vereinshandlung zu haben und am Sonntag an der Kasse von 3½ Uhr an.

X Deutschlandbund. Helft den in der Eggers geschworenen selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Wohl Begehrungsiego 2 (früher Kaiserstr.).

X Die Schneibierung hielt Montag abend bei Jarocki eine Versammlung ab. Nach Erhaltung des Geschäftsbüros und einer Ansprache des scheidenden Obermeisters Bartkiewicz setzte eine

längere Aussprache über die Erhöhung der Gebühren ein. Das Einschreibegeld für Lehrlinge wurde auf 3000 M., die Einschreibegeld für Meister auf 15 000 M., der Wertelabsatzpreis auf 2500 M. erhöht. Bei der Vorstandswahl wurde im dritten Wahlgange Schneidermeister Drabeckowic zum Übermeister gewählt.

X Wohnungsschieber. Allen Warnungen durch die Presse zum Trotz steht das Wohnungsschiebertum in Posen unverändert in üppigster Blüte. Die betreffenden Schieber scheinen sich das Straßfüllige ihrer Handlungsweise gar nicht vor Augen zu halten. Es handelt sich aller Wahrscheinlichkeit nach um solche Leute, die selbst zwar nicht Hauswirte sind und das Verschieben von Wohnungen gewerblich betreiben. Heut früh erstattete ein Wohnungsschreiber gegen einen solchen Schieber, der für die Vermietung einer kleinen Wohnung als „Abstandsgeld“ das beheimdende Säumchen von sechs Millionen Mark gefordert, aber glücklicherweise nicht erhalten hatte. Vielleicht wird ihm von den Gerichten klar gemacht, dass diese Wohnungsschreiberinstanzhaft ist.

X Unter sehr verbächtigen Umständen gestorben ist hier vorgestern abend bei ihren Verwandten in der ul. Strumylnowa (fr. Bachstr.) die dort zum Besuch weilende 19jährige Veronika Nawrocka aus Koszmin. Sie hatte die Wohnung ihrer Verwandten nachmittags auf mehrere Stunden verlassen, musste sich nach ihrer Rückkehr wegen heftigen Schmerzen sofort ins Bett legen und starb nach wenigen Stunden. Die Todesursache konnte von einem hinzugezogenen Arzt noch nicht einwandfrei festgestellt werden.

X Eine Kinderaufzucht. Gestern kam ein junges Mädchen mit ihrem unrechtmäßigen Kind in das Stadtkrankenhaus und erklärte dem ordinierenden Arzte, dass das Kind erkrankt sei. Da eine Krankheit jedoch nicht festgestellt werden konnte, musste sie mit ihrem Kind wieder von dannen ziehen und begab sich nun in das Kinderheim in der Piclach (fr. Bäderstr.), wo sie das Kind niederlegte, um zu verschwinden. Sie durfte jedoch inzwischen bereits ermittelt sein.

X Nach ein Friedhofsbied ermittelte gestern in dem longreichpolnischen 24jährigen Arbeiter Andreas Heliasz, der auf dem Margaretenfriedhof auf der Schröda Krugzige gestohlen hatte.

* Bromberg, 20. Januar. Einer ganz Schläue in die Hände gefallen ist am Freitag an der Bollkontrollstelle in Dirschau ein Reisender namens Wolowicz, der einer Dame, die die Kontrolle bereits passiert hatte, seinen Handschuh überwarf, da er anscheinend Sachen mit sich führte, die der Beschlagnahme anheimgefallen wären. Die Dame benutzte aber diese Gelegenheit und verschwand mit dem Koffer. In Bromberg wurde sie aber auf dem Bahnhof festgenommen, und der Koffer, der den Namen des Inhabers, Wolowicz, trägt, beschlagnahmt. Er kann bei der Kriminalpolizei in Empfang genommen werden.

* Crone a. Br., 28. Januar. Vor einigen Tagen brachten Einbrecher in den Stall des Landwirts Hermann Lisse in Althof und entwendeten dort zwei neue Pferdegeschirre im Wert von 500 000 M.

* Dirschau, 20. Januar. Einen Fall unglaublichen Überlaubens berichtet der hier erscheinende „Dz. Teatrski“. In einer hiesigen Familie wurden einer Kranken als Heilmittel gegen die Gelbfucht lebende Väuse als Arznei verabreicht. Vorher wurden neun gut ausgewachsene dieser Tiere „besorgt“, die dann vor der Leidenden lebend verschlucht wurden.

S. Gründendorf, 31. Januar. Am Sonntag hielt der hiesige Bauernverein unter der Leitung des Vorsitzenden Michaeli-Wittkötter eine Versammlung bei Thieske ab, die einen recht guten Besuch aufwies. Geschäftsführer Pitscher sprach über das Leben im Ackerboden, besonders über den Anteil der Kleinlebewesen an der Schaffung eines guten Ackerbodens und ihre Wichtigkeit für das Geleben der Pflanzen. Auch wies er darauf hin, was der Landwirt zu tun habe, um die Kleinlebewesen in ihrer Tätigkeit nach Möglichkeit zu unterstützen. Es wurde dann beraten, an welchen Stellen die Naturarbeitsgruppe an Roggen abgelöst werden sollen. Über die Höhe der Beiträge selbst berichtete einstimmiges Einverständnis. — Am 12. Februar soll ein Wintervertrag nur für Vereinsmitglieder stattfinden. — Abends wurde von den Wanderspielern „Schlud und Jau“ gespielt.

* Barthaus, 27. Januar. In der „Barthäuser Zeitung“, der die Verantwortung für die Richtigkeit der Meldung überlassen bleibt, findet sich die Schilderung eines eigenartigen Aktes der Selbsthilfe, die ein hiesiger Hausbesitzer geübt habe. Bei ihm wohnte, wie das Blatt schreibt, seit drei Jahren eine arme Witwe mit ihrem kleinen Kind zur Miete. Da diese außerstande war, die Mietforderung des Hauswirts zu erfüllen, drogte die Chefrau des letzteren in Gemeinschaft eines angekündigten Freunden gewaltsam in die Wohnung der Witwe ein, verprügelte die arme Frau und warf sie, ihr Kind und ihre Sachen

sche und Romantische besonders bewont werden soll. Da bis jetzt die Werke der russischen Dichtung bevorzugt, lässt sich dagegen kaum etwas sagen. Auf die Mischung wird es ankommen, wenn wirklich der russische Mensch sein Abbild finden soll.

Ausstattung, Druck und Illustrierung der bisher erschienenen Bändchen lassen vom Fortgang des Unternehmens Gutes erwarten.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— Internationale Musikunterkunft in London. Die erste Delegiertenkonferenz der Internationalen Gesellschaft für neue Musik hat den Tagen vom 19. bis 22. Januar in London stattgefunden. Es waren vertreten: England durch Edwin Evans, Deutschland durch Adolf Weismann, Italien durch Guido Gatti, Österreich durch Rudolf Metz, Frankreich durch Maurice Ravel, Dänemark durch Ivar Helumb, die Tschechoslowakei durch L. V. Jirak und Erich Steinhardt, die Schweiz durch Werner Reinhart. Leiter der Sitzungen, doch ohne Stimme, war der ausgezeichnete Musiklehrer Edward II. Dent. Es handelt sich zunächst um Fragen der Organisation, dann aber um die Vorbereitung des Internationalen Komitemusikfestes großen Stils, das kurz vor den Mozartfestspielen vom 8. bis 14. August in Salzburg stattfinden und in sechs Konzerten die Summe aus dem Kommerzmusikalischen Schaffen der Welt ziehen soll. Wertvolles soll in deutscher besser Form geboten werden. Die Werke werden den nationalen Interessen zur Begutachtung eingereicht, die das von ihnen ausgewählte Material bis zum 15. August an die Londoner Centralstelle gelangen lassen. Die Auswahl aus diesem Material trifft eine internationale Jury, in die für Deutschland Hermann Scherchen gewählt wurde. Die Konferenz, die von den englischen Hochschulen für Musik nachdrücklich gefordert, in wahrhaft internationalem Geiste geleitet und durchgeführt wurde, fand lebhaften Widerhall in der Londoner Öffentlichkeit.

— Ein alter Evangelientext entdeckt. Der Pfarrer der reformierten Gemeinde in Lehen, Dr. Blois, hat in einer soeben erschienenen Schrift den schlafenden Nachweis erbracht, dass eine altkönigliche Handschrift des 18. Jahrhunderts in Südtirol in weitem Umfang den vielgeschätzten Text der Evangelienbibel aus dem zweiten Jahrhundert bietet; sie ist aus dem Altlateinischen übersetzt und dies wiederum direkt aus dem syrischen Original übertragen. Dr. Blois hat in vorbildlicher Weise dafür Sorge getragen, dass sein Buch der deutschen Wissenschaft zu erschwinglichem Preise zugänglich gemacht wird.

Der Charakter der bis jetzt erschienenen Veröffentlichungen scheint darauf schließen zu lassen, dass das Münchnerische Phantast-

Bunte Zeitung.

O Das erste Grab Haydns. Die Wiener Gemeindeverwaltung beabsichtigt, die meisten Vorortfriedhöfe in Parkanlagen umzuwandeln. Zu diesen gehört auch der Hundsturmer Friedhof, auf dem sich die erste Grabstätte Josef Haydns befindet. Ein noch vorhandenes Gedächtnis zeigt, dass diese Grabstätte das Ziel vieler Besucher aus Deutschland, Russland, England, Schottland, Nordamerika usw. war. Die Bezirksvertretung von Meidling hat sich dafür eingestellt, dass bei der seinerzeitigen Umwandlung des Hundsturmer Friedhofs in eine Parkanlage die Graffiti Haydns mit der auf ihr stehenden Birke erhalten bleibt und der Grabstein mit dem Umfriedungsgitter instand gesetzt werde. Der auf dem Hundsturmer Friedhof stehende große Marmorkandelaber soll auf einem entsprechenden Platz versetzt werden und an ihm die Medaillons bekrönt in Meidling geboren oder verstorben Männer angebracht werden, so diejenigen des Dichters Eric Süßer-Günther, des Malers Johann Michael Rupprecht, des Dichters Oskar Bach.

O Scharfes Vorgehen gegen Tierquäler. In England richtet sich die Rechtsprechung mit besonderer Strenge gegen die Tierquäler. Dabei wird mitunter die Grenze des Notwendigen überschritten. So war kürzlich vor einem englischen Gericht ein Arzt vom Staatsanwalt wegen Tierquälerei angeklagt, weil er einem Hund angeblich unnötige Schmerzen verursacht hat. Der Fall lag so, dass der Arzt seine Krankenbesuche auf einem Motorrad absolvte, wobei ihn stets ein läffender Hund verfolgte. Um sich die Säuerung vom Leibe zu halten, versah sich der Arzt eines Tages mit einer Spritze und benetzte den Hund mit einer Flüssigkeit, die, ohne dauernde Schaden zu stiften, dem Hund gehörig auf dem Fell brannte. Wegen dieses Aktes der Wuthe sollte er nun bestraft werden. Jedoch war das Gericht vernünftig genug, einzusehen, dass eine Tierquälerei nicht vorlag und sprach den Arzt frei. Dagegen war es ganz in der Ordnung, dass dasselbe Gericht einen anderen Angeklagten mit hoher Geldstrafe belegte, der eine Rase in einem Sac vergraben hatte, ohne sie vorher zu töten, so dass das Tier, als es nach 26 Stunden infolge seines Flieglichen Wimmers von einem Nachbar ausgegraben wurde, noch lebte.

O Bloß. Eines der neuen Mitglieder des englischen Unterhauses, der Abgeordnete der Arbeiterpartei Gavan Duffy, erzählt, dass er sich bei seinem ersten Besuch im Parlament nicht zurückfinden konnte und sich daher suchend umblätterte, worauf ihn einer der Diener fragte: „Gest Du hier zu arbeiten, Kamerad?“ Duffy bejahte es und zeigte seine Abgeordnetenkarte, worauf der andere erstaunt sagte: „Ach, Du bist bloß Abgeordneter!“

trotz ihrer Bitten und Widersprüche aus der Wohnung hinaus. Sie stellte die Möbel in einem stallartigen Raum ohne Fenster, ohne Feuerstätte, ohne Wasserleitung und Auszug unter in dem nun die Frau mit ihrem Kinde hausen muß. Der Schlußel zu ihrer bisherigen Wohnung wurde der Frau gewaltsam entrissen. Als der Hauswirt sich tags darauf beim Kreisgericht vergeblich um einen vollstreckbaren Schlußel gegen die Frau bemühte, um sein gesetzwidriges Vorgehen zu rechtfertigen, wurde er von sämtlichen maßgebenden Beamten auf die strafbare Unzulässigkeit seiner Handlungsweise hingewiesen. Das machte aber auf den anscheinenden Choleriker keinen Eindruck, denn er erklärte in offensichtlicher Wit, er werde auch die Wohnungen der anderen Mieter mit der Axt erbrechen und eigenhändig die Leute auf die Straße werfen. Zur Bezahlung einer notwendigen Strafe sei er in der Lage. Tatsächlich führte er noch an demselben Tage seine Drohung aus, indem er mit der Axt die Tür zur Küche eines andern Mieters zu erbrechen suchte. Als ihm dies nicht gelang, verschaffte er sich durch das Fenster gewaltsam Zutritt zur Küche und räumte die selbe trotz Widerspruchs des Mieters aus. In der völligen Niedigung der Wohnung konnte er nur durch Drohung sofortiger Verhaftung von der herbeigerufenen Polizei gehindert werden. Zur Charakteristik des Hausbesitzers wird von dem Blatt angeführt, daß er bis vor kurzem selbst Mieter gewesen ist und mit seinem Vermieter ständig in Prozeß gelegen hat. Er sei im übrigen ein wohlhabender Mann, der es sich durchaus hätte leisten können, der darbenden Witwe gegenüber sich menschlich zu zeigen.

* Lissa, 29. Januar. Nach langer Mühe gelang es der Kriminalpolizei, ein gefährliches Individuum festzunehmen, das mittels anonymen Briefe unter Bedrohung der Tötung oder Verprügelung von verschiedenen Bürgern der ganzen Umgegend größere Summen herauslockte.

Mogilno, 29. Januar. Die letzten Stadtoberordnetenwahlen vom Dezember 1921 sind infolge aufgedeckter Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt worden. Die Stadtoberordnetenwahlen werden Mitte März stattfinden. Die Wahlkommission hat bereits die Vorarbeiten begonnen.

□ Olsztyn, 31. Januar. Am Montag, 5. d. M., nachm. 4 Uhr, wird der Bauernverein Bogdanowo in Olsztyn bei Werner eine Versammlung abhalten. Es wird ein Vortrag über das Leben im Ackerboden gehalten; außerdem wird Herr Bartelt vom Hauptverein über die Fragen der Organisation sprechen.

S. Rethenwalde, 31. Januar. Eine Versammlung des Bauernvereins fand am Dienstag bei Tismer statt. Herr Steinhoff-Posen sprach über die Wirkungen der Selbstverwaltung auf die Landwirtschaft und behandelte die Frage, inwieweit es möglich ist, den Kostenwert als Wertmesser bei Pachten, Käufen, Rentenbriefen usw. zugrunde zu legen. Der Vortrag führte zu einer regen Aussprache. Sodann berichtete der Geschäftsführer über die Beschlüsse des gesamten Ausschusses bezügl. der Steuern, Hebung der Beitragserhebung und Abfertigung. Nachdem in der Aussprache noch einige Ausklärungen gegeben waren, erklärten sich sämtliche Anwesende bereit, dem Verein treu zu bleiben. Die Wahlen wurden bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt, die am 21. Februar stattfinden soll.

* Rawitsch, 31. Januar. Nach Fühlungnahme mit den Vorsitzenden der deutschen Vereine: Turnverein, Radfahrerklub, Handwerker-Gesangverein, Männer-Gesangverein und Orchesterverein, sind diese übereingekommen, von gesonderten Vereinsvergängungen abzusehen, vielmehr in diesem Jahre ein gemeinsames Winterfest abzuhalten.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Grodno, 30. Januar. Ein blutiges Liebesdrama hat hier großes Aufsehen erregt. Ein gewisser Sadowski drang eines Tages in ein Amtszimmer ein und feuerte mehrere Schüsse auf ein dort beschäftigtes Schreibmaschinenräulein ab, die in den Kopf getroffen tot zusammenbrach. Darauf richtete er die Waffe gegen sich selbst und verletzte sich gleichfalls tödlich. Das Drama soll einen sehr romantischen Hintergrund haben.

* Lemberg, 30. Januar. Die "Rzecap" berichtet über die Aufdeckung einer weit verzweigten Bande von Spionen in der hiesigen Gegend. Die Bande bestand aus dreizehn Mitgliedern, von denen elf Ademiter sein sollen. Anführer waren die Studenten Bauer und Schießel. Die Zentrale der Organisation befand sich in Wien und soll in bolschewistischen Diensten gestanden haben. Die Bande soll hauptsächlich darauf hingearbeitet haben, geheime Alten militärischen Charakters, insbesondere Mobilisationspläne usw. zu beschaffen, die Standorte der Truppen zusammenzustellen und in allgemein polnischer Hinsicht wichtige Nachrichten ihren Auftraggebern zu überbringen.

Aus dem Gerichtsaal.

* Graudenz, 30. Januar. Verurteilung einer Nebenmutter. Die Strafkammer verurteilte eine Johanna Baniewicz aus Jazwiz, Kreis Mewe, die ihr uneheliches Kind durch Hunger und Mißhandlungen so weit gebracht hat, daß es schließlich verstarb, zu zwei Jahren Gefängnis unter Anerkennung der Unterforschungshaft.

* Nowy Dwór, 29. Januar. Die Strafkammer verurteilte den Landwirt Józef Małachowski aus Szymborze zu fünf Tagen Arrest, weil er eine vom Gerichtsvollzieher mit Beschlag belegte Scheune entgegen dem Verbot des Gerichts unverändert genommen hatte.

Wirtschaftsbeamten

auf mein Gut Morawin, powiat Kaliski. Das Gut ist 4'00 Morgen groß, davon 1700 Morg. Ackerland. Kenntnisse der polnischen Sprache in Wort und Schrift erforderlich, ebenso poln. Staatsangehörigkeit. Nur Bewerber mit mehrjähriger Praxis und nur sehr guten Zeugnissen werden berücksichtigt. (5235 Konrad Weigt, Browar Kalisz.)

Deutsches Mädchen,
mit Haushalt und Küche vertraut, bei gutem Lohn für besseres bürgerliches Haus in Kleinstadt Pojens sofort gesucht. Angebote u. p. 5293 an die Geschäftsst. d. Bl.

Dringend! Dringend!
Suche
Güter, Landwirtschaften, Mahl- u. Sägemühlen,
vor allen **Häuser, Villen in allen Größen.**
Um genaue Beschreibung und Preisangabe wird dringend gebeten.
Biuro Komisowe Maliński i Koralewski
Poznań, 27. Grudnia 16. — Tel. 3936.

Suche für meine Großdestillation
in der fröh. Provinz Posen per sofort
für tüchtigen, jüngeren, unverheirateten
Destillateur.
Sprache polnisch und deutsch erwünscht, doch
nicht Bedingung. Wohnung und Station frei.
Gehaltsansprüche und Zeugnisse zu richten an
"Par", ul. Fr. Kostajczaka 8 unter Nr. 4.178.

2. Beamter oder Eleve
möglichst der polnischen Sprache mächtig, zum 1. April cr.
möglicherweise besseres bürgerliches Haus in Kleinstadt Pojens sofort gesucht. Zeugnisschriften und Gehaltsansprüche an 5228 Majelnośc Drzezkowo, poczta Osieczna.

Sport und Jagd.

Vom englischen Pokal. In England haben die diesjährigen Pokal-Wettläufe begonnen. 64 Fußballmannschaften sind zum Kampf angetreten. Die Wettspieler finden nach dem Ligajahre statt, das heißt jede Mannschaft, die einmal versoren hat, darf das "Mennen" nicht mehr mitmachen. Der erste Kampftag brachte von 32 Spielen 12 unterschiedene Ausgänge. 20 geschlagene Mannschaften fallen ab.

V. Weltmeisterschaft im Eislaufstaufen ist dem Wiener Kaiser gegen den Europameister Brodel (Wien) zugeschlagen.

V. Die deutsche Bobfahrtmeisterschaft. Das Bobfahrtfahren in Winterberg (Westfalen) um die deutsche Meisterschaft ist am Fahrer am Start. Aus dem heigen Kampf ging der Bob "St" (Herbrecht-Dortmund) als Sieger hervor. Für die erste Runde gebrauchte er 1 Min. 55 Sek., für die zweite 2 Min. 2 Sek. Den zweiten Preis erhielt Oberleutnant Jacob - Berlin auf Bob "Gotha Laube". Als Dritter kam Bob "Marathon" (Franz Butschek - Düsseldorf) ins Ziel.

V. Westdeutschland - Mitteldeutschland 5 : 0 (1 : 0). Die repräsentative Mannschaft Westdeutschlands trug einen erwarteten Sieg über die Mitteldeutschen davon.

V. Wacker-Leipzig disqualifiziert. Der Leipziger Sportklub "Wacker" ist auf vier Wochen disqualifiziert worden, weil er bei seiner Spanienreise einen unberechtigten Spieler mitwirken ließ.

V. Neuer Rekord im Segelflug. In Cherbourg hat Manero mit einem 8 Stunden-Segelflug sämtliche bisherigen Rekorde geschlagen, also auch den Französischen Postenflug.

V. Schweiz-Oesterreich 2 : 0 (1 : 0). Der sechste Fußballdampf zwischen Österreich und der Schweiz hat mit einem Sieg der Schweizer geendet.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden weiteren Lettern gegen Einlieferung der Bezugsnachricht unentgeltlich aber ohne Gewähr ertheilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit freiem Heile ist.)

M. P. in P. Die Bestellung des "Pos. Tagebl." für das Ausland kann nur bei der Geschäftsstelle in Posen ul. Zwierzynieka 6 (früher Tiergartenstr.) erfolgen.

O. S. in St. Sie müssen in diesem Falle eine Privatfrage beim zuständigen Amtsgericht Olsztyn anstrengen. Falls der betr. Beleidiger mit Ihnen in denselben Orte wohnt, müssen Sie die Angelegenheit zunächst dem Ortsrichter unterstellen.

H. in G. 1. Dagegen gibt es leider keinen Schutz. 2. Ausgeschlossen. 3. Das ist kaum anzunehmen. 4. Rein.

D. R. Gr. 55. Die Mietseingangssämter bestehen noch. 2. Sie müssen die Wohnung abgeben.

W. P. in N. Uns ist die Anschrift in Russland nicht bekannt. Sie müssten sich schon an die Firma in Essa wenden. Auch Ihre zweite Frage können wir Ihnen nicht bestimmt beantworten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Gegen die Bloß-Währung. Im Zentralverband der Industrie-, Montan-, Handels- und Finanzinteressenten Polens wurden über die Frage der theoretischen Einführung des polnischen "Bloß" in den staatlichen sowie in den privaten Verträgen und Buchungen Beratungen geflossen, in denen man zu einer ablehnenden Stellungnahme gelangte. Hierbei war die Erwägung maßgebend, daß hierdurch die Anpassung der Inlandspreise an die Ländersparität beschleunigt würde, was eine schwere Industriekrise und ein Chaos auf dem Arbeitsmarkt nach sich ziehen müßte. Eine derartige Anordnung wäre ja gleichbedeutend mit der Einführung der Doppelwährung, wodurch die polnische Mark endgültig discreditiert würde. Aus diesen Gründen erklärte sich der Zentralverband mit Entschiedenheit gegen jeden theoretischen Wertmesser und sprach sich категорisch für die Einführung der effektiven "Bloß" in dem Zeitpunkt aus, in dem die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse dies gestatten würden.

Posener Viehmarkt vom 1. Februar 1923.

(Ohne Gewicht)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:
I. Rinder: Färsen und Kühe: I. Sorte 300 000—320 000 M., II. Sorte 250 000—270 000 M., III. Sorte 210 000—220 000 M. — Kälber: I. Sorte 350 000—370 000 M., II. Sorte 300 000—330 000 M. — II. Schafe: I. Sorte 300 000—320 000 M., II. Sorte 250 000 M. — III. Schweine: I. Sorte 560 000—570 000 M., II. Sorte 540 000—550 000 M., III. Sorte 490 000—520 000 M. — Der Auftrieb betrug: 63 Rinder, 74 Kälber, 47 Schafe, 66 Schweine, 72 Ferkel, das Paar 220 000—240 000 M. — Tendenz: ruhig.

Posener Börse vom 1. Februar.

Für 100 deutsche Mark wurden 91—92 Polenmark gezahlt.

Warschauer Kurse vom 1. Februar.

Deutsche Reichsmark 0.85.
Dollar 34 500—35 400.

Warschauer Börse vom 31. Januar.

Baluven:	
Frank. Franken	2120
Dollar	35 900—35 300
Devisen:	
Belgien	1870, 1850,
Berlin	0.75, 0.77 1/2, 0.73,
Danzig	0.77 1/2, 0.73,
London	171 000, 180 000, 162 500,
Neu York	36 000, 35 250,
Paris	2070, 2130,
Brag	1020, 1015,
Schweiz	6700, 6620,
Wien	54, 52 1/2,
Italien	1685, 1640,

Danziger Mittagskurse vom 1. Februar.

Die poln. Mark in Danzig 113 (Geld), 115 (Brief)
Der Dollar in Danzig 42 000 (Geld), 43 000 (Brief)

Berliner Börsenbericht vom 31. Januar.

vom 31. Januar.	
Disconto-Komm.-Anleihe	23 250.—
Danz. Priv.-Aktienbank	20 000.—
Hartmann Masch.-Aktien	28 000.—
Rhönit	90 000.—
Schudert	58 000.—
Hopag	86 000.—
2 1/2% Pos. Pfandbriefe	124.—
Bolnische Noten	122.—
Auszahlung Holland	19 325.—
London	22 700.—
New York	49 000.—
Paris	2 885.—
Schweiz	9 140.—
Ungarische Goldrente	49 500.—

Berliner Produktionsbericht vom 30. Januar.

Amtliche Produktionsbörse, per 50 kg in Markt.	
Weizen	Roggenmehl
märkischer 61000—63000	für 100 kg 140000—155000
pommerscher —	Weizenkleie 38000—40000
schlesischer —	Roggenkleie 38000—40000
Roggen	Raps —
märkischer 56000—57400	Leinsaat —
württembergischer —	Hülsenfrüchte —
schlesischer —	Viktoriaerbien 50000—90000
Gerste	II. Speiserbien 75000—82000
Sommergerste —	Futtererbien 50000—60000
märkische 54000—55000	Peluschen 100000—135000
Hafer	Ackerbohnen 70000—90000
märkischer 40000—42500	Blüte Lupinen 40000—60000
pommerscher 47000—49000	Gelbe Lupinen 60000—80000
schlesischer —	Serradella 145000—170000
meilenburger —	Rapsküchen 40000—41000
Mais	Trockenkürbisse 20000—21000
Ioko Berlin —	Küderkriegel —
frei Hamburg —	Orfmalasse 14000—15000
Weizenmehl	Kartoffelsoden 28000—40000
für 100 kg 165000—180000	

= Hamburger Cisnotierungen für Importgetreide. Weizen
Mark II 12,95 fl., Mais am mix. 9,30 fl., gelb la. Plata frag.
9,80 fl. Isof geadt, Gerste, Donau 62—63 Kilogr. 8,90 fl.
Roggen Western II 10,90 fl. La-Plata - Leinseit 23 fl.
Weizenkleie 7,25 fl. Pollards 7 fl. Kurs 15 570—13 240

Die Zeitung

Frauenzeitung des Posener Tageblatts.

Vom deutschen Bürgerhaus.

Vom Adel und vom Bauer wird gar mancherlei geredet und geschriften, auch vom Geistlichen und vom Soldaten, neuerdings natürlich auch vom Arbeiter. Aber wenig hört man vom „Bürger“. Und doch ist der deutsche „Bürger“ ein fest umgrenzter Typ. Doppelt zu begrüßen ist es daher, daß ein Mann zu neuem Leben erwacht wird, der recht eigentlich der Dichter des deutschen Bürgertums geworden ist: Wilhelm Heinrich Riehl, aus dessen Schriften Eugen Diederichs ein neues Buch herausgebracht hat unter dem Titel: „Vom Deutschen Land und Volke“. Am Schluß dieses reichhaltigen Werkes kommt Michel zur Schilderung der Entwicklung des bürgerlichen Hauses und der bürgerlichen Familie. Nachdem er über das Verhältnis des Bauerntums zum Bürgertum gesprochen hat, fährt er fort: „So lange der deutsche Bürger sein deutsches Sitten des Hauses hatte, waren das verfeinerte Bauernsitten. Im Mittelalter ist es so noch gewesen. Mit der Beweglichkeit des städtischen Hauses ist jetzt die alte Bauernsitten im Bürgerhause teils unmöglich geworden, teils haben wir sie als altfränkischer Blunder von uns geworfen, aus London und Paris die cosmopolitische Sitte des gebildeten Europa uns verfrüchtet und das deutsche Haus verleugnet. So ist unser bürgerliches Familienleben, ich wiederhole es, ein qualitativ anderes geworden, als das ursprünglich deutsche, bürgerliche. Es wäre Verwirrtheit, zu glauben, daß jene alten, naiv poetischen Sitten des Bauernhauses in der Stadt jemals wieder hergestellt werden können. So gewiß es in den entzückten Wohnungsläsern niemals wieder ordentlich geisteln und spulen wird, so gewiß werden auch die alten, naiven, wesentlichen im Hausberegluben gewurzelten Bräuche nicht wieder auftauchen.“

Gallen wir aber darum das deutsche Haus in den Städten gänglich verleugnen und verloren geben? Gewiß nicht. Eine neue Sitte des bürgerlichen Hauses müssen wir gründen, die der Bauernsitten gegenübersteht, wie die bewußte, klare Lebenspraxis des Mannes dem dichtenden, träume spinnden Dahinleben des Jünglings. Sie muß heranwachsen aus der bestimmt überzeugung, daß nur in dem engen, durch die äußeren historisch-nationale Formen der häuslichen Sitte gefestigte Familienleben eine sittlich fräftige, stadtbürgertypisch tüchtige Generation wieder aufzubauen kann. Im Tumult haben wir diese Sitten verloren; mit hell wachen Augen müssen wir sie wieder suchen. Der politische Mann sollte es sich zum Beispiel, zur besondren Gewissenssicht machen, jetzt, wo die nützliche Familie kaum mehr in dasselbe Haus, in die selbe Stadt zusammengezogen bleibt, den Familienverkehr aus Prinzip um so lebendiger aufrecht zu erhalten. Aus Überzeugung müssen wir wieder Mut fassen, gleich dem Vater wieder den Vetter und die Tochter zu ehren; um als konervative Männer den Staat zu stützen, müssen wir Familienvorstand halten für die ganze Sippelheit, soweit sie nur herangezogen werden kann, Familienvorstand wie auf einer Pfälzer Kirchweih. Regelmäßige Familiensammlungen sollen zur allgemeinen Sitte werden; die Eisenbahn, die so manches alte Herkommen zerstört, würde dieses alte neue Herkommen schaffen helfen. Jeder einzelne kann erfolgreiche Schritte in diesem Sinne tun, wenn er nur den Mut hat, ein deutscher, für das Haus begeisteter Mann zu sein.

Ich gedachte oben der Familienschön. Solange es im Bauernhause noch ordentlich steht, braucht der Bauer keine ausgeführte Familienschön. Er wohnt im eigenen Hause, und die Wände des Hauses erzählen ihm die Chronik seines Vaters. Er würde auch eine arbeitsmäßige Familienschön ohne dies nicht gut fördern können, da ihm die Linie meist eingetrocken ist, und kann sich mit den elternkümmerlichen, der Bibel vorgehefteten lungen Notizen wohl begnügen. Der Städter dagegen braucht eine solche Chronik, wenn er nicht mit der Zeit ganz familienlos werden will, denn seine gemieteten Zimmerküchen sind stumm, die städtischen Großmutter haben ein schwaches Gedächtnis in familiensachen bekommen, und so bleibt nur übrig, daß das befehlende Papier die überlieferungen des nomadischen Hauses einfließen festhalte.

Das Bürgertum hat die naive Bauernsitten und den Kultus des Hauses größtenteils abgetreift, es hat auch sein Familienleben nicht durch Hausgewebe gesetzt. Darauf muss es aber entschiedener noch als Bauern und Aristokratie aus politischem Bewußtsein zur strengen Zucht des Hauses zurückkehren. Es muss sich dadurch einen neuen Boden bürgerlicher Haussitte schöpfen. Es wird der zweite Stand, bei dem ein berechtigtes Familienleben überhaupt kaum existiert, durch eine Konzentration des bürgerlichen Lebens großenteils aufgehoben werden, denn eben aus der Verleugnung des bürgerlichen Hauses geht eine ungeheure Schar von Proletariern hervor.

Hier ist also der Punkt, wo wie mit aller Macht die Hebel der Reform einsetzen müssen, jeder für sich in seinem Hause, und auch der Staat darf nicht bloß zuschauen und gewähren lassen. Wenn ein Volk vor sich selber steht, dann hat es das Auswanderungsfieber. Es flieht dann freilich auch vor seinen sozialen Zuständen; denn seine sozialen Zustände hat es sich selber gemacht. Es flieht vor einem politischen Zustand, dem ein Volk wird im großen und ganzen immer gerade so gut und so schlecht regiert als es regiert zu werden verdient. Die Regierenden sind ja doch auch ein Teil des Volkes, und ihre Regierungswise ist eine vor den Früchten der gesamten Völkerentwicklung. Wenn aber ein Volk sein häusliches Leben wieder in strenge Sitten stellt, dann zwängt es seine Nachhaber zur politischen Tugend, und indem wir unser Haus reformieren, reformieren wir den Staat.

Nordamerikanische Dichterinnen.

Toni Harten-Hoende nennt in einem in der „Danz. Blg.“ erschienenen Aufsatz über nordamerikanische Frauen-Lyrik folgende Frauen als die bedeutendsten nordamerikanischen Dichterinnen:

Margaret Fuller, mehr Essayistin als Lyrikerin, schuf einige vollwertige Liebeslieder. Sie lebte von 1810 bis 1850, war eine große Goetheverehrerin, von dem sie den Lied, Gedichte und Fauststücke ins Englische übersetzte. Man kann nur ausdrücklich bedauern, daß ein vorzeitiger Tod dieser freien, fühnen Geist und die kraftvolle Dichtergabe nicht zu ihrem Volkes Wohl voll ausreisen ließ.

Zeitlich am nächsten steht Margaret Fuller der in ihrem hohen Alter noch in unser Jahrhundert hineinreichenden Julia Ward Howes, der gefeierten Dichterin des vielleicht berühmtesten amerikanischen Liedes: Battle Hymn of the Republic (Kriegshymne der Republik). Auch andere wahrhafte Lieder von ihr sind zur Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges bekannt geworden. Sie ist erfüllt von ihres Volkes Mission, „die Menschen zur Freiheit zu führen.“

Die erste und bis in die neueste Zeit hinein auch stärkste und eigenartigste wirkliche Lyrikerin Amerikas, Emily Dickinson, lebte von 1830 bis 1886 als „lärberliche und geistige Einsiedlerin“, wie ihr Biograph sagt. Ihre zahlreichen Lieder, oft völlig ungeschliffene Edelsteine, die sie nur auf Bettel und in Briefen hin geworfen hatte, wurden erst Jahre nach ihrem Tode gesammelt und herausgegeben. Deshalb kam ihr ein ganzer Meigen anderer Dichterinnen in der Öffentlichkeit vor. Ein deutscher Name eröffnete ihr. Lisette Neese, eine Philadelphierin, singt, wie der Vogel singt, fröhlich und lieblich innige Lieder von Liebe und Natur, fröhliche Lieder von Gott und Menschenseele, nicht abgrundtiefe und tiefstehende, aber rein und erquickend. Auch hält sie ihren Platz im Herzen ihrer Landsleute, und der Name der Veragten findet sich immer noch mitten im bunten, reichen Kreise der Jungen und Jungfrauen. Eine andere Sängerin, die mit ihr jung war, ist da gegen längst verhummt, war nie so weit hin bekannt und wird vielleicht erst viel später einmal ganz zu ihrem Recht kommen: Celia Thaxter, die jugendliche Dichterin des Meeres, die als

Tochter eines Leuchtturmwärters auf einer einsamen Insel an der atlantischen Küste aufgewachsen war und ihr Leben nie ganz von ihrer leidenschaftlich gelebten rauhen Heimat zu trennen vermochte. Sie ist und ihre wundervoll plastischen, mit menschlichem Erleben durchdrungenen Meerlieder formen, pilgern im Sommer immer noch zu den Isles of Shoals, wo Celia Thaxter sich ein Heim in ihrem berühmten Blumengarten schuf. Zu ihrem ganzen Schaffen spricht sich ihr tiefreligstes Empfinden aus.

Aus der neuesten Zeit sind zu nennen Anna Lowell, Sara Teasdale, Margaret Teasdale, Margaret Webb, Harriet Monroe (die geistvolle Herausgeberin einer vorsprünglichen Poetik-Sammlung und der Beitschrift für Lyrik Poeten), Alice Corbin, Mary Carolyn Davies. Mit einem kleinen Lied der lebendigen jugendlichen Dichterin, einer Kalifornierin, die vor einigen Jahren mit vier Dolar in New York ankam und der Kampf mit der Niesenstadt und dem Leben erfolgreich bestand, schließt Frau Harten-Hoende ihre begehnswerten Ausführungen über die nordamerikanischen Dichterinnen:

Auf der Straße im Sonnenschein
Wandern viel Fuß groß und klein.
Suchen Gott, und wissen es nicht,
Doch all ihre Hoffnung nach Gott.
Glauben sich über Geschichten her
Und würden sich wundern im täglichen Tuott.
Wenn jemand weiß.
Der kam' und sagte: „Ihr sucht Gott!“

Frauen als Laienrichter.

Seit Beginn dieses Jahres ist in Deutschland die vom Justizminister erlassene Verordnung über die Mitwirkung von Frauen bei der Rechtsprechung als Geschworene oder Schöffen in Kraft getreten. Auch im Freistaat Danzig werden nach dem 1. März Angehörige des weiblichen Geschlechts in gleicher Eigenschaft auf dem Richterstuhl Platz nehmen.

In den drei Berliner Landgerichtsbezirken beginnen vor einigen Tagen die ersten Schwurgerichtssitzungen dieses Jahres. In allen Fällen waren zum erstenmal Frauen als Geschworene eingeschworen. Ein eigenständischer Zusatz wollte es, daß dort als erste deutsche Frau für die Geschworenenbank die Witwe des früheren Berliner Polizeipräsidenten v. Stubenrauch, der als Landrat noch vielen Schwierigkeiten den sogen. Letzten-Kanal erbrachte, ausgelost wurde. Die Dame Stubenrauch gehörte viele Jahre lang zu den bekanntesten und populärsten in Berlin.

Aus Anlaß der bevorstehenden Zulassung von weiblichen Laienrichtern in Danzig schreibt die „Danz. Blg.“:

„Es ist ganz zweifellos, daß die Zulassung weiblicher Personen zu dem schwierigen Amt eines Geschworenen oder Schöffen bei ihnen eine durch äußere Eindrücke völlig unbeeinflußte Urteilsfähigkeit hervorruft, die in keiner Weise von inneren Gesellschaftsregungen abhängig sein darf. Das ist und bleibt auf jeden Fall der Kernpunkt der Sache. Die Psychologie des weiblichen Charakters hat jedoch zu allen Zeiten ergeben, daß bestimmte, der Wesensart einer Angehörigen des weiblichen Geschlechtes naheliegende Charakterzüge selbst bei solchen Frauen gelegentlich in die Erscheinung treten, die sonst als willensstark bekannt und gleichmäßigen Handlinsfähig sind. Gewisse Delikte werden im Zusammenhang mit den betreffenden Begleitumständen durch Frauen immer eine andere Beurteilung finden, als durch Männer. Sei es nun, daß dabei die Ansicht des männlichen Laienrichters als Ehefrau, Mutter oder Schwester in Betracht kommt, wobei jedoch ohne Einschränkung zugegeben werden soll, daß gerade mit Bezug hierauf die betreffenden Anschaunungen für die Beurteilung der Straftat von erheblichem Wert sein können. Man würde daher unter allen Umständen ein vorzeitiges Urteil fällen, sollte man die Mitwirkung von Frauen bei der Rechtsprechung in Bausch und Bogen zurückweisen oder sie entgegen einer Richtung nach als die größte Errungenschaft moderner Jurisprudenz ansehen.“

Ohne den Vertreterinnen des weiblichen Geschlechtes im Rücktritt zu nötigen, kann man es ruhig aussprechen, daß einige spezifisch weibliche Eigenschaften dazu geeignet sein mögen, dem Vortheile des Schöffengerichtes oder dem Obrmann der Geschworenen das Leben recht sauer zu machen. Das Gegen teil wird aber auch sicher der Fall sein, wenn eine Frau den zur Aburteilung vorliegenden Fall von Geschäftspunkten aus betrachtet, die dem weiblichen Charakter und der Psychologie des weiblichen Geschlechtes entgegenstehen. Dabei ist es gar nicht einmal notwendig, daß sie die Anlage um eine Frau dreht. Nicht uninteressant ist der Umstand, daß man durchaus nicht überall das weibliche Element für die Mitwirkung bei der Rechtsprechung fähig erachtet. So hat sich erst ganz plötzlich der Ausschluß des Landesverbandes der Richter in Prag einstimmig gegen die Zulassung der Frauen zum Richterberufe ausgesprochen. Als hauptsaechlicher Grund dafür wird angeführt, die Frau sei teils empfindlicher veranlagt, als der Mann, deshalb bestreite die Bevölkerung, daß sie bei schwierigen Fällen nicht genügend objektiv bleibe.“

Das anstößige Medizinstudium der Engländerinnen. Den Frauen, die Ärzte werden wollen, werden in England viele Schwierigkeiten gemacht, die mit der bekannten Pruderie der Engländer zusammenhängen. Wie in der „Deutschen Medizinischen Zeitschrift“ mitgeteilt wird, hat jetzt die größte Medizinschule Londons, das London-Hospital, beschlossen, keine Frauen mehr zum Medizinstudium anzunehmen. In der Begründung dieser Abschaffung wird ausdrücklich betont, daß man die Eignung der Frauen zum Studium nicht bestreite; aber der gemeinsame Unterricht mit Männern habe sich als unmöglich erwiesen; es sei nicht angängig, gewisse Kapitel der Medizin jungen Männern und Frauen gleichzeitig vorzutragen. Die Universitäten Dundee und Manchester haben ebenfalls die Frauen vom Medizinstudium ausgeschlossen, weil ihre Erfahrungen mit denen des London-Hospitals übereinstimmen, und auch an anderen Universitäten ist eine Bewegung gegen das Frauenstudium im Gange. In Edinburgh, wo 400 Medizinstudentinnen sind, wird der geburshilfliche Unterricht in getrennten Klassen erichtet. Die Gemüthe, denen die Frauen beim Studium an den englischen Hochschulen ausgesetzt sind, haben in ihrem Gebinde entstehen lassen, eigene Frauen-Universitäten ins Leben zu rufen.

Eine preisgekrönte Männerchor-Komponistin. Die Komponistin und Musikschriftstellerin Gisela Selb-Goth erhält bei dem Preisausschreiben für Männerchorwerke des österreichischen Musik- und Sängerbundes einen Preis von 10000 Kronen zuerkenn.

Rezepte.

Obstsuppe aus Zwölfern. Kerngekörne und Apfelschalen, etwas Zitronenschale, Zimt und eine geriebene bittere Mandel werden nach kurzen Antiochen in die Kochfrite gestellt. Die durchgegossene Obstsüsse mit Sago oder Griech sämig gekocht, mit aufgelöstem Süßstoff, wenig Salz und walnussgross frischer Butter oder Margarine abgeschmeckt und reichlich hellbraun und trock gestoßt. Semmelbrödchen kurz vor dem Auftreten dazu gegeben.

Rumkranz auf Würziger Art. Der aus dem Eßig genommene Kohl wird in leichtem Kochenden Salzwasser angekämpft, in der Kochfrite weichgekocht, darauf feingewiegt und durch die Waschins getrieben. Auf 1 Pfund Kohl feinschäbig geschnittene, milde, süße Apfel und 1 Schöpfel voll gewachene Korinthen beigelegt, nach dem Garwerden mit Appels Suppenwürze gekröftigt, mit reichlich ausgelassenem Speck geschmolzen und mit geriebener roher Kartoffel verdickt und zu Salzkartoffeln gereicht.

Falscher Kaviar von Heringssuppen. Der geröstete, von den kleinen Häuten befreite Rogen von zwei Heringen wird mit 1 Teelöffel Öl 1 Teelöffel Zitronensaft oder Eßig, 1 Messerspitze Pfeffer reich sämig vermischt und am nächsten Tage mit zerhauenen Zwiebeln und gerösteten Brotscheiben gereicht.

Butter Größepudding. ½ Pfund Kartoffeln vom Tage zuvor, feingerieben, werden mit 200 Gramm Griech, ¼ Liter Milch, etwas geriebener Zitrone oder Mandeln und ½ Backpulver kalt verrührt, und in einer Puddingform 1½ Stunde gekocht. Man reicht ihn entweder mit einer Fruchtsuppe oder geschmolzen oder eingemachtem Obst zu Tisch und ergibt sowohl ein sättigende Mittags wie Abendmahlzeit.

Pinkte Zwölfsuppe. 1 Löffelsoß voll scheibig geschnittene Zwölfern werden mit Speck hellbraun gebraten, in Kochendes Wasser oder Fleischbrüse gegeben, 20 Minuten gekocht, 3 Löffel voll feiner Griech einlaufen gelassen, darin ausgekocht und die Suppe mit Salz, Pfeffer und 1 Messerspitze frischer Butter abgeschmeckt.

Rudeln mit Schwarzbrot. ½ Pfund Schwarzbrot (gezuckerter Bauchspeck) wird in ½ Liter Wasser nicht zu weiß gekocht. Zwischenläufig läuft man ½ Pfund Bandnudeln in 2 Liter Salzwasser nach 5 Minuten langem Aufkochen zwei Stunden in der Kochfrite ausquellen, darauf mit kaltem Wasser übergossen, gut abtropfen. Rümmt das Fleisch aus der Brüse, entfernt Knochen und Schwarte, schneidet es feinwürfig, gibt in die Brüse zurück, die abgetropften Rudeln dazu und würzt mit Pfeffer, Muskat und Petersilie.